# Zweijährige Botschaft

— des —

# Gouverneurs von Illinois

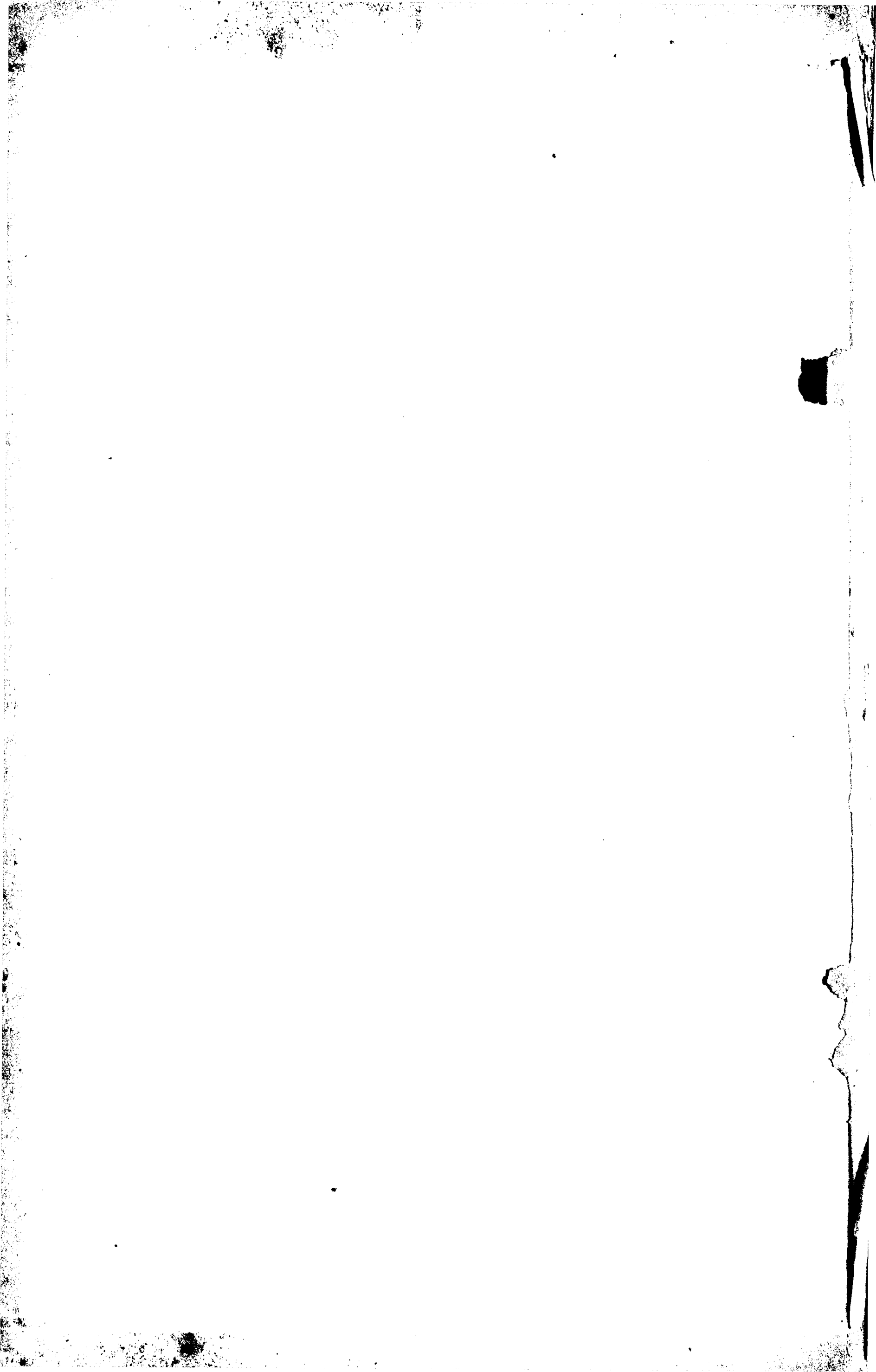
# John P. Altgeld

— an die —

# 39ste Legislatur

vom 9. Januar 1895.

Springfield, Ill.
Ed. F. Hartmann, Staats-Drucker.
1895.



# Zweijährige Botschaft.

---

**Executiv-Departement,**
**Springfield, Ill., 9. Jan. 1895**

## Meine Herren vom Senat und Repräsentantenhaus!

Der Vorschrift der Constitution entsprechend, unterbreite ich Ihnen ac tungsvoll folgende Information über die staatlichen Verhältnisse, mit solche Empfehlungen, als mir angezeigt erscheinen.

### Administrations-Grundsätze.

Da die Staatsverwaltung sechsunddreißig Jahre lang ununterbrochen i den Händen einer einzigen Partei gewesen, so forderte sowohl die berechtig Erwartung des Publikums wie der derzeitige politische Zustand des Gemeinw sens starke Aenderungen im Verwaltungs-Personal. In Folge dessen tr eine so große Zahl neuer Männer mit der öffentlichen Verwaltung in Verbi dung, daß es für zweckmäßig erachtet wurde, die allgemeinen Prinzipien fest stellen, welche die gegenwärtige Verwaltung zur Geltung zu bringen tracht und dabei die Regeln zu formiren, um die Durchführung jener Grundsätze erleichtern. Da zu allen Zweigen des öffentlichen Dienstes ein starker Andra stattfand, so wurden allen Trustees und Verwaltern öffentlicher Anstalten f gende Weisungen gegeben:

1. Kein Mann, der nicht absolut nothwendig, soll angestellt werden.

2. In öffentlichen Anstalten darf keine höhere Besoldung bezahlt werde als für dieselben Dienste und Fähigkeiten anderwärts bewilligt würde.

3. Niemand soll auch nur eine Stunde länger im Dienst bleiben, sob man ermittelt, daß er nicht der richtige Mann für seinen Posten ist — o Rücksicht auf die Personen, die ihn empfohlen haben, oder den politischen Ei fluß, den er selbst besitzen mag.

4. Von jedem Angestellten ist Wachsamkeit und gewissenhafte Aufme samkeit zu fordern. Wer sich einer Rohheit gegen Leidende oder einer ern chen Pflichtversäumniß schuldig macht, muß sofort entlassen werden.

Diese Weisungen sind zu wiederholten Malen eingeschärft und im Allg meinen, wie ich glaube, auch befolgt worden.

## Sorgfalt für Kranke.

Den Verwaltungsbehörden und Superintendenten wurde nahe gelegt, daß re großen Anstalten nicht dazu gegründet wurden, um Beamten angenehme lungen zu verschaffen, sondern um für Unglückliche zu sorgen, und daß die valtung beflissen sein muß, denselben das höchstmögliche Maß von Sorg- und Comfort zukommen zu lassen; daß ferner das Volk dieses Staates al ist und alle Diejenigen, welche den öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten ingefallen sind, gehörig verpflegt und gekleidet wünscht, so daß ihre Nah- g und Kleidung keinesfalls unter das Niveau der selbstständigen Mittel- e herabsinkt. Und ich glaube versichern zu können, daß in der Mehrzahl rer Anstalten sogar mehr als dies geschieht.

## Abschaffung des Einkauf-Agenten.

Es bestand in unserem Staat das System, welches sich in den meisten gen Staaten noch vorfindet, daß nämlich jede Anstalt einen Beamten hatte, das Publikum als Einkaufs-Agenten kannte. Dieser Mann ging zu Markt kaufte ein, wo und von wem ihm beliebte. Mochte er deshalb noch so ehr- lein, seine Handlungen waren stets einem gewissen Verdacht ausgesetzt. längerer Zeit hatte man indeß beobachtet, daß die großen Corporationen, e massenhafte Anschaffungen zu machen haben, dieses System vollständig gegeben und dafür die Methode eingeführt hatten, unter allgemeinem Ange- von dem Wenigstnehmenden zu kaufen. Die Grundsätze vernünftiger thschaft, die Gebote der höchsten Moral und das Interesse verlangten, daß Staat seine Einkäufe in derselben Weise besorge, um dadurch die Möglich- von Begünstigung, Corruption und Skandal nach Thunlichkeit zu beseiti- Deshalb wurden folgende Weisungen für die Verwaltung sämmtlicher atsanstalten erlassen:

Erstens. — Es ist ein Verzeichniß der zur Zeit nöthigen Gegenstände fertigen, jeder Artikel genau zu bezeichnen und die Liste in 10 bis 12 Ab- ten auszustellen.

Zweitens. — Diese Abschriften sind an die verschiedenen Geschäftshäuser, e mit den gewünschten Artikeln handeln, unter Beigaben von Proben, wo nöthig, zu versenden. Das niedrigste und beste Lieferungsangebot wird nommen, wobei in jedem Fall das Recht vorbehalten werden muß, Gegen- e, die nicht als zufriedenstellend erkannt werden, zurückzuweisen.

Drittens. — Diese Angebote sammt dem Verzeichniß, auf das hin sie ge- t wurden, sind eine angemessene Zeit aufzubewahren, damit sie, wenn er- cht, von den Staatsbehörden besichtigt werden können.

## Ueberwindung des Widerstandes der Corruptions-Beamten.

In einer Anzahl von Anstalten blieben die alten Superintendenten bis zu Vierteljahrsschlusse am 1. Juli 1893 im Amt und da die übrigen Beamten n Neulinge waren, so wurde kein durchgreifender Versuch gemacht, diese Regeln jener Zeit zur Geltung zu bringen. Auch zeigten sich in vereinzelten Fällen d neuen Beamten abgeneigt, dieselben einzuführen; man gab ihnen jedoch zu ve stehen, daß die Staatsverwaltung darauf bestehe und für Diejenigen, welch diese Neuordnung nicht zusage, Andere anstellen werde, welche sich derselben fügen wüßten. Im Laufe der Zeit wurde die neue Methode überall durch führt und jetzt ist sie in sämmtlichen öffentlichen Anstalten dieses Staates in r gelmäßiger Anwendung. Seit nahezu anderthalb Jahren arbeiten wir m diesem neuen System und der Erfolg ist überraschend für Alle, und für Jede der eine vernünftige Geschäftsordnung liebt, in hohem Grad erfreulich. Es h sich herausgestellt, daß die Angebote der achtbarsten Geschäftshäuser selbst i allgemeinen Verbrauchsartikeln 10 bis 25 Prozent am Preis von einander a weichen. Dieser Preisunterschied war in fast allen Fällen ebensoviel Gewin für die betreffende Anstalt und ich kann deshalb als allgemeines Ergebniß d neuen Methode folgendes berichten:

### Die Ersparnisse durch die neue Methode.

Erstens — Das Amt des Einkaufs-Agenten ist in sämmtlichen Staatsa stalten abgeschafft und dafür ein jährliches Gehälter-Ersparniß von nahezu $25 000 erreicht.

Zweitens — Die von der letzten Legislatur für die laufenden Ausgab aller Wohlthätigkeitsanstalten des Staates gemachten Geldbewilligungen betr gen nur $3,800 mehr, als diejenigen, welche vor zwei Jahren für denselb Zweck gemacht worden waren. Dabei hatte aber in Folge der schlechten Zeit und aus anderen Ursachen die Zahl der diesen Anstalten Ueberwiesenen dur gehend um 1,114 Personen im Vergleich zu den vorhergehenden beiden Jahr zugenommen und der Aufwand für den Unterhalt dieser 1,114 Menschen wä rend 18 Monaten $237,282 mehr betragen. Aber trotz dieser Erhöhung d Unterhaltskosten befand sich am 1. Janar 1895 in den Kassen der verschieden Anstalten ein Ueberschuß von $243,000. Diese Summe, zu den Unterhal kosten der größeren Personenzahl hinzugerechnet, ergibt eine verhältnißmäß Ersparniß von $476,482. Bei mehreren Kassen ist die Zurückhaltung klei rer Beträge als Reserve für mögliche Bedürfnißfälle verfügt worden. Das Ü brige, ein Betrag von $233,482 wurde der Staatskasse zurückgegeben. D verschiedenen Anstalten befinden sich dabei in einem besseren Stand als je zuv

nd die Verpflegung in denselben ist nirgends vorzüglicher. Damit ist erwiesen, aß die Beibehaltung des neuen Einkauf=Systems, gleichviel ob billige oder heure Anschaffungen gemacht werden, dem Staat in aller Zukunft ein jährliches rsparniß von fast einer halben Million Dollars bringen muß und diese Summe mpfehle ich darauf zu verwenden, daß man dem Volke bessere Bildungsanstal=en gibt, ein Gegenstand, auf den ich später zurückkommen werde.

## Wissenschaftliche Methoden.

Nachdem dies neue Geschäftssystem eingeführt und in Gang gebracht war, urden anfangs December 1893 die Vorstände sämmtlicher Anstalten aufge=ordert, die derzeitig gebräuchlichen Methoden gründlich zu untersuchen und mit en Theorien des neuesten Fortschrittes zu vergleichen, sowie die Ergebnisse der xperimente in ähnlichen Anstalten dieses Landes und Europa's zu prüfen, und estzustellen, worin dieselben sich von den unserigen unterscheiden, und das, was ich dort als besser und zweckmäßiger erprobt, ohne Verzug sich zu Nutzen zu ma=hen; endlich bis 1. April 1894 eingehenden Bericht über das Resultat ihrer Un=ersuchung zu erstatten. Dementsprechend reichte vergangenes Frühjahr jeder Superintendent einen Bericht ein, in welchem er das Ergebniß seiner Thätigkeit nittheilte. Diese Berichte sind in einem besonderen Band wiedergegeben, wo=on ein Exemplar beiliegt. Eine Anzahl derselben ist sehr interessant und ent=hält werthvolle Andeutungen und Vorschläge, welche, soweit es möglich war, be=nützt worden sind.

Wir dürfen zuversichtlich behaupten, daß unsere Institute wissenschaftlich uf der gleichen Höhe mit den besten der Welt stehen und daß, wenn auch einige uropäische in Bezug auf kostbare Gebäude und Ausstattung etwas vorausha=ben mögen, die unsrigen gleichwohl in anderen wichtigen Punkten, besonders was persönliche Sorgfalt verlangt, bessergestellt sind.

## Die Irrenanstalt zu Kankakee.

In Kankakee ist ein wissenschaftliches Laboratorium errichtet und ein Pa=tholog an demselben angestellt worden, der seine ganze Zeit mikroskopischen und anderen wissenschaftlichen Untersuchungen widmet und wenigstens eine Stunde täglich mit den Aerzten der Anstalt Nachfragen bespricht. In Folge davon ist in diesem großen Institut ein lebhaftes wissenschaftliches Interesse und edles Streben erwacht. Es ist zu hoffen, daß Illinois in diesem Zweige der Wissen=schaft eine leitende Rolle spielen wird. Ich selbst messe dieser pathologischen Thätigkeit eine solche Bedeutung bei, daß die Verwaltungsbehörden aller ande=ren Irrenanstalten ersucht worden sind, Laboratorien zu errichten und Patho=logen anzustellen, was diesen Instituten nur zum Vortheil gereichen kann.

## Das Veteranen-Heim.

In dieser Anstalt ist es zu Reibungen zwischen dem Superintendenten und den Trustees gekommen. Anlaß dazu gab, wenigstens theilweise, die Disciplin, welche der Superintendent aufrecht hielt und die den Trustees als übermäßig streng erschien. In Folge dieser Zwistigkeiten trat der Superintendent anfangs November zurück und die Trustees stellten einen anderen Mann an. Indessen ist das Haus in wirthschaftlicher wie in sanitärer Beziehung ganz vorzüglich bestellt; auch darf nicht verschwiegen werden, daß vor dem Amtsantritt des nunmehr ausgeschiedenen Superintendenten über 160 Insassen der Anstalt wegen Insubordination, fortgesetzter Nichtbeachtung der Hausordnung und wegen Mißverhaltens hatten ausgestoßen werden müssen. Die Ausgewiesenen trieben sich mittellos auf den Landstraßen herum und fast alle gelangten dann in die Armenhäuser. Der Superintendent hielt diese Vorkommnisse für unzuträglich und machte ihnen ein Ende. Er nahm die Weggejagten wieder auf und diese befinden sich fast alle wieder in der Anstalt, Viele von ihnen geben fortwährend Anlaß zu Klagen und Unannehmlichkeiten und machten eine strenge Handhabung der Disciplin zur Nothwendigkeit. Gleichwohl, glaube ich daß die Wiederaufnahme jener Leute gerechtfertigt und von der Menschlichkeit geboten war. Die Trustees haben sich als sorgfältig und gewissenhaft in der Leitung dieser Anstalt erwiesen und Alles, was in ihren Kräften stand, für die Verpflegung und gute Behandlung der alten Soldaten gethan. Ich empfehle eine liberale Haltung gegen das Heim. Unser großer Staat schuldet diesen unglücklichen Veteranen ewigen Dank und wir müssen darauf sehen, daß ihnen im Alter nicht nur eine ruhige, sondern auch behäbige Existenz gesichert werde.

## Industrie-Heim für die Blinden.

Die vorige Legislatur hat die Mittel für Gründung einer Industrie-Anstalt für Blinde bewilligt, in welcher diese Bedauernswerthen sich für selbstständigen Erwerb ausbilden können, so daß sie nicht mehr auf den Straßen zu betteln oder den Armenhäusern zur Last zu fallen brauchen. Es wurde zur Ausführung dieses Projekts ein Grundstück nahe dem Douglas-Park in Chicago angekauft und eine vierstöckige Werkstatt mit Dampfkesselbetrieb darauf errichtet und nebenan ein vierstöckiges großes Backsteingebäude für Wohnzwecke errichtet und eröffnet. Dadurch wird vielen Blinden unseres Staates ermöglicht, sich ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwerben.

## Besserungsanstalt für Mädchen.

Die letzte Legislatur hat ferner auch Geld für Errichtung einer Besserungsanstalt für Mädchen bewilligt. Durch Durchführung dieses Planes wurde ein Verwaltungsrath ernannt, ein Gebäude gepachtet und, dem Zweck des Gesetzes

entsprechend, eine Reformschule eingerichtet; auch wurden Schritte gethan, um ein eigenes Schulgebäude zu errichten. Am Ufer des Fox-River, nahe Geneva in Kane County, erlangte man ein reizend gelegenes Stück Land für den Zweck und das neue Gebäude ist bereits unter Dach und kann nächstes Frühjahr eröffnet werden.

### Feuersbrunst in Anna.

In der Nacht des 3. Januar 1895 hat Feuer einen großen Theil des Hauptgebäudes des südlichen Irrenhospitals zerstört. Niemand kam um's Leben und sämmtliche Insassen sind unter Obdach und wohl verpflegt. Genauere Angaben über den Schaden stehen mir noch nicht zur Verfügung, indessen empfehle ich, die nöthigen Mittel zum sofortigen Anbau des zerstörten Theils zu bewilligen.

### Berichte von den Verwaltungsräthen der Wohlthätigkeitsanstalten.

Diese Botschaft würde zu umfangreich werden, wollte ich im Einzelnen die jede Staatsanstalt betreffenden Hauptpunkte wiedergehen. Ich muß Sie deshalb auf die Berichte der Trustees und zugleich auf den Bericht der Staatsbehörde für Wohlthätigkeits-Institute verweisen, welche ich Ihnen vorliegend unterbreite. Ich muß jedoch Ihre Aufmerksamkeit auf die Thatsache lenken, daß jede dieser Anstalten, mit Ausnahme der Taubstummenschule zu Jacksonville, überfüllt ist. Es wird mir berichtet, daß sich mehrere Tausend Geisteskranke in den Armenhäusern des Staats befinden. Die Anstalt für Schwachsinnige in Lincoln beherbergt zwischen 600 und 700 dieser Unglücklichen und noch immer kommen zahlreiche Aufnahmegesuche, während kein Platz mehr vorhanden ist.

Wir müssen, ohne Verzug, mehr Raum für Schwachsinnige und ein neues Irrenasyl haben. Diejenigen, welche die Sache genau kennen, rathen zu je einem besonderen Asyl für Epilepsie-Leidende und unheilbar Geisteskranke, nach welchem diese aus den anderen vier Anstalten gebracht werden sollten, damit für diejenigen Kranken Platz gemacht werde, deren Heilung zu erhoffen ist. Mit anderen Worten: Das neue Institut sollte Irrenasyl sein, während die anderen Anstalten als Hospitäler benutzt werden.

### Conferenz mit den Staatsinstitut-Leitern.

Im Herbst 1893, und noch einmal im Frühjahr 1894, wurden sämmtliche Superintendenten und Trustees zu einer Zusammenkunft nach Springfield berufen, um sich genau mit den Absichten der Staatsregierung vertraut zu machen und ganz besonders zum Zweck der Besprechung und des Meinungsaustausches. Das war neu, aber ein entschiedener Erfolg, indem sich die Besprechungen als außerordentlich interessant und werthvoll in Bezug auf Verbreitung neuer Ideen und als Sporn für höhere Bestrebungen erwiesen.

## Die Staatsbehörde für Wohlthätigkeits-Anstalten.

In der letzten Legislatur wurde ein Gesetz erlassen, wonach in jedem County drei unbesoldete Localvisitatoren ernannt werden sollten, die berechtigt sind, die Gefängnisse und Armenhäuser im County zu untersuchen. Die Staatsbehörde für Wohlthätigkeits-Anstalten hat die Ernennungen gemacht und allerorts ist der Zustand wesentlich verbessert worden. Es hat sich gezeigt, daß die Verwaltung der Armenhäuser und Gefängnisse der schärfsten Aufsicht bedarf. Während einzelne sich in vorzüglichem Zustand befinden, machen andere durch Schmutz und Vernachlässigung einen höchst unangenehmen Eindruck. Ein Mitglied der Staatsbehörde traf in einem Armenhaus mehrere Kinder, die zu keiner Schule geschickt wurden und ganz verwahrlost aufwuchsen. Dasselbe Mitglied fand eine Anzahl geisteskranke Männer und Frauen in einem ganz unsauberen Platz zusammengepfercht. Es ist zu hoffen, daß mittels vermehrter und verschärfter Inspection solche schmachvolle Zustände bald verschwinden werden.

## Die staatliche Gesundheitsbehörde.

Diese hat zwei Versammlungen der Local-Sanitätsbeamten des Staates zu dem Zweck veranlaßt, um die sanitären Verhältnisse jedes Ortes und seiner Umgebung kennen zu lernen und die geeignete Information über praktische Maßregeln gegen epidemische oder ansteckende Seuchen zu erlangen. Diese Versammlungen sind lehrreich und zweckmäßig gewesen. Auch hat diese Behörde die Stufe der Vorbildung, welche zum Studium der Heilwissenschaft nöthig, erhöht, wie der Staat überhaupt seit Jahren bestrebt ist, die medizinische Wissenschaft zu heben, und mit solchem Erfolg, daß der Aerztestand von Illinois den ersten Platz in der ganzen Union einnimmt.

## Ein sachverständiger Drucker.

Der Druckerei-Expert des Staates hat die Methode, nach welcher die Vergütung des Druckerei-Contractors zu berechnen ist, geändert und dem Gesetz angepaßt und dadurch sind dem Staat an $10,000 erspart worden. Ich mache Sie auf seine Vorschläge bezüglich Revision des Gesetzes über Staats-Drucksachen besonders aufmerksam.

## Versicherung.

Der Superintendent des Versicherungswesens hat mit aufopferndem Fleiß eine Revision der Gesetze über Feuer- und Lebensversicherung ausgearbeitet. Ich empfehle diese Arbeit Ihrer Beachtung. Seit seiner Amtsübernahme hat dieser bis zum Schluß des Jahres 1893 $15,000 Gebühren vereinnahmt, und im Jahre 1894 $135,000 — zusammen $150,000, welche soeben an die Staatskasse abgeführt worden sind.

## Fabrik-Inspection.

Während die Bevölkerung wächst und der Maschinenbetrieb sich ausdehnt, sind in gewissen Fabriken der Großstädte viele Tausende von Kindern eingestellt worden, um die Arbeit zu thun, welche früher von Erwachsenen verrichtet wurde. Diese erhielten einen erbärmlichen Lohn, und war auch in einzelnen Fällen ihre Arbeit leicht, so mußten sie doch lange Stunden arbeiten, und es zeigte sich bald, daß sie körperlich und geistig verkümmerten und daß manche junge Leute, noch bevor sie die Blüthe der Lebensjahre erreichten, schon alt geworden. In einigen Fabriken waren keinerlei Vorrichtungen zur Verhütung von Unglücksfällen getroffen und die Arbeiter wurden achtlos verkrüppelt oder gar getödtet. In anderen war für die Gesundheit so wenig gesorgt, daß sie Brutstätten der Krankheit wurden oder der Unzucht Vorschub leisteten, indem Jungen und Mädchen dieselben schmutzigen Aborte besuchen mußten. Ferner zeigte sich, daß vielstündige Fabrikarbeit die Frauen untauglich machte für die Obliegenheiten der Mutter und der Arbeiterin des Hauses, was zur Folge hatte, daß die Kinder schwach, in vielen Fällen verkrüppelt wurden. Es wuchs allmälig ein Geschlecht von jungen Männern und Frauen auf, das körperlich und geistig verkommen war, das tief unter dem Niveau amerikanischer Frauen und Männer stand. Diese Mißstände mußten beseitigt werden. Die Frage war nicht neu. Alle Culturvölker hatten sich damit beschäftigt. England hatte das Uebel schon vor 75 Jahren erkannt und das Parlament Gesetze erlassen, um demselben zu steuern. Diese Gesetze stützten sich auf den Grundsatz, daß es Pflicht der Regierung sei, die Degeneration des Volkes zu verhüten; daß dies ein Gebot der Selbsterhaltung sei, weil ein verkommenes Volk dem stärkeren unterliegen muß, nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch im bürgerlichen Leben. Diese Gesetze des Parlaments wurden heftig bekämpft von der Hochkirche, wie fast ausnahmslos von den kapitalistischen Klassen. Man schrie: das britische Reich werde ruinirt. Allein das Parlament ging in seinen Untersuchungen voran und erließ weitergehende strengere Verordnungen, bis nach einem 50jährigen Kampf das eingreifendste und umfassendste Fabrikgesetz der Welt geschaffen war. Manche der größten englischen Staatsmännern halten dies jetzt für eines der glänzendsten Werke ihres Landes. Alle civilisirten Völker der alten Welt und auch die älteren und vorgeschrittenen Staaten unseres Landes haben Englands Beispiel nachgeahmt und ähnliche Gesetze erlassen.

Die vorige Legislatur hat, in diese Fußtapfen tretend, ein Gesetz erlassen, um die beklagten Mißstände zu beseitigen. Es ist erst 1½ Jahre in Wirksamkeit und hat, obwohl es in manchen Punkten unvollkommen und fehlerhaft ist und in einzelnen Ausnahmefällen sogar unbillig gewesen sein mag, doch unzweifelhaft viel im Interesse der Menschlichkeit geleistet. Die gesundheitsschädlichen

Uebelstände sind beinahe vollständig beseitigt. Es ist mehr Schutz gegeben und das empörende Schauspiel, daß Tausende von Kleinen durch 10-stündige Arbeit in den Fabriken ihr Leben verkümmern und um einen Hungerlohn die Leistungen von Erwachsenen verrichten, entehrt diesen Staat nicht mehr.

## Historische Bibliothek.

Die Bibliothekverwaltung hat einen vollständigen Katalog aller Bücher und Schriften in der Bibliothek hergestellt. In der Erkenntniß, daß die romantische Geschichte dieses Staates und seine fast wunderbaren Errungenschaften, seine rasch zunehmende Größe und seine Entwickelung bald allgemeines Interesse erwecken werden, ist sie eifrig bemüht, sich alle Papiere, Bücher und Urkunden zu verschaffen, welche über die anfängliche Entwickelung unseres Staates und des ganzen Nordwestens Licht zu verbreiten geeignet sind, und sie ersucht hiermit um Mittheilungen von Allen, die solche Dokumente besitzen.

## Vieh-Beaufsichtigung.

Die Vieh-Beaufsichtigungsbehörde oder „Board of Live Stock Commissioners" ist äußerst wachsam gewesen und es ist ihr gelungen, die Verbreitung von Seuchen unter den Pferden und anderen Thieren im Staat zu verhindern. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß die Staatsinspektion, welche in Chicago zur Verhinderung des Handels in krankem Vieh errichtet wurde, unzulänglich war. Diese Inspektion sollte hauptsächlich auf den ausländischen Markt Eindruck machen, da die Stadt Chicago ihre eigenen Inspektoren hat, die angeblich das in der Stadt selbst verbrauchte Fleisch untersuchen sollen. Allein wegen der ungeheuren Ausdehnung der Union-Viehhöfe und wegen der Widerspenstigkeit vieler Händler daselbst, die sich eine Beaufsichtigung durch den Staat nicht gefallen lassen wollten, konnte, wenn man nicht eine ganze Armee Inspektoren anstellte, nicht viel erreicht werden. Im Verein mit der Staatsbehörde wohnte ich einer Versammlung der Viehhändler bei und es wurde diesen klar gemacht, daß, da diese Controlle größtentheils in ihrem eigenen Interesse geübt werde, sie entweder Hand in Hand mit dem Staat gehen oder auf Inspektion gänzlich verzichten müßten. Daraufhin nahm die „Stock Yards Exchange" ein neues Regulativ an und beschloß, mit den Staatsbehörden zusammen zu arbeiten. Und jetzt darf man auch annehmen, daß der Handel mit krankem Vieh im Wesentlichen aufgehört hat. Immerhin besteht noch ein starkes Bedürfniß nach gesetzlichen Vorschriften, wodurch die Behörde in den Stand gesetzt wird, energischer gegen Leute vorzugehen, welche sich den Beamten widersetzen, und alle Plätze, wo Vieh gehalten wird, zu besichtigen.

## Frauen im öffentlichen Dienst.

Die gegenwärtige Staatsregierung hat eine Neuerung vorgenommen, indem sie eine Anzahl Frauen zu wichtigen Behörden und Aemtern berief. Dies mag freilich vom persönlichen oder Partei=Standpunkt keine gute Politik gewesen sein; aber man hielt es für billig und gerecht, und aus dem Grunde der Gerechtigkeit allein geschah es. Die Zahl der auf eigenen Broderwerb angewiesenen Frauen wird immer größer und selbst die Erfolgreichen unter ihnen haben hart zu arbeiten, um ihren Unterhalt zu erringen. Die Gerechtigkeit verlangt es, daß die Ehren und Belohnungen, welche Männer ermuthigen und anspornen, auch Frauen in jedem Gebiet menschlicher Thätigkeit erreichbar sein sollten. Es freut mich deshalb, berichten zu können, daß dieselben jeder vernünftigen Erwartung entsprochen haben. Sie haben durchgängig ihre Arbeit wohlgethan.

## Die Strafanstalten.

In Folge der Finanzkrisis und der darauf folgenden Geschäftsstockung ist es jedem Staat der Union schwer geworden, seine Sträflinge ständig zu beschäftigen. In einer Anzahl von Staaten, wo das System der Ausdingung der Sträflingsarbeit noch besteht, sind Gefangene zu 40 Cents Tagelohn ausgeboten worden, ohne Beschäfttgung zu finden. Einige unserer Staatsbeamten besuchten eine Anzahl der großen Zuchthäuser im Osten und trafen überall unbeschäftigte Sträflinge zu Hunderten. Nun ist es aber im Interesse der Gesundheit dieser Leute und aus moralischen und ökonomischen Gründen nothwendig, daß sie arbeiten. In Illinois wurde jeder Sträfling ständig und ohne kaum einen Tag zu verlieren, beschäftigt. Das Contraktsystem ist durch die Verfassung verboten worden. Es waren jedoch vorher eine Anzahl Contrakte geschlossen worden, welche erst im Oktober 1894 abliefen. Früher arbeiteten bisweilen 250 bis 400 Strafgefangene in einem Industriezweig und die Folge war, daß eine Unmasse von Waaren hergestellt wurde, die den Markt überfüllten und direkt mit der freien Arbeit in Concurrenz traten.

Die im Frühjahr 1893 ernannten Commissäre und Beamten wurden angewiesen: 1. die Verfassungsvorschriften zur Ausführung zu bringen und mit dem Contractsystem vollständig aufzuräumen; 2. die Sträflinge auf Rechnung des Staates zu beschäftigen und 3. neue Industrien in den Strafanstalten einzuführen, so daß die Zahl der in einem bestimmten Industriezweig Beschäftigten nur etwa 100 beträgt und deren Produktion der freien Arbeit möglichst wenig Concurrenz macht. Diese Grundsätze sind ausgeführt worden. Wegen der gedrückten Geschäftslage war es außerordentlich schwierig, neue Arbeitszweige einzuführen: eine große Anzahl von freie Arbeiter beschäftigenden Fabrikanlagen mußte geschlossen werden, weil sich kein Markt für ihre Erzeugnisse fand;

aber trotz dieser Schwierigkeiten mußten die Zuchthausbehörden vorangehen und sie haben einen merkwürdigen Erfolg gehabt.

Es ist zu bedauern, daß Sträflingsarbeit irgendwie auch nur im geringsten Maß mit der freien Arbeit in Mitbewerb gebracht werde. Diese Concurrenz auf das niedrigste Maaß zu reduciren, war der Zweck des gegenwärtig eingeführten Systems. Aber Menschlichkeitsrücksichten verschiedener Art gebieten die Sträflinge nicht ganz unbeschäftigt zu lassen; außerdem wäre es auch ungerecht gegen die Steuerzahler aus der Arbeitskraft der Strafgefangenen keinerlei Nutzen zu ziehen. Kann die Legislatur einen besseren Weg als den derzeitigen ausfindig machen und die Concurrenz der Zuchthaus- gegen die freie Arbeit noch geringer machen, so werden wir mit Vergnügen die Verwirklichung eines solchen Planes unterstützen.

Die gegenwärtigen Commissäre haben der Erfüllung ihrer Amtspflichten mehr Zeit gewidmet, als je zuvor in diesem Staat geschehen ist. In Joliet hat einer derselben seiner Aufgabe seine ganze Zeit geopfert und die beiden Andern wenigstens ein Drittel bis zur Hälfte ihrer Zeit.

## Chester.

Das Zuchthaus in Chester hat nie seine Kosten gedeckt. Das jährliche Deficit betrug immer an $100,000. Es werden dort eine Anzahl Industrien betrieben, darunter eine Ziegelei, welche vorzüglichen Backstein liefert. Es sind zu diesem Behuf neue Brennöfen errichtet worden; das ganze Gefängniß wurde umgestaltet und es befindet sich jetzt in einem ausgezeichneten Zustand. Zur Zeit sind dort 694 Sträflinge untergebracht und die Commissäre berichten, daß in Folge von verbesserten Geschäftsmethoden es gelungen ist, die Verwaltungskosten derart zu verringern, daß das Deficit, welches bisher jährlich $100,000 betrug, nur noch $50,000 erreichen wird. Sie glauben sogar, daß in nicht ferner Zeit die Anstalt ohne Zuschuß wird bestehen können.

Das mit der Anstalt verbundene Irrenasyl ist durchaus umgestaltet worden. Es wurde eine neue Wasserleitung eingerichtet, das Irrenasyl wird nunmehr elektrisch beleuchtet und mit Dampf geheizt.

Früher hatte man dort Oellampen und die Heizung geschah durch Oefen, welche in den Zimmern der geisteskranken Sträflinge standen.

Zur besseren Würdigung des gegenwärtigen Zustandes dieser Strafanstalt und der darin ausgeführten Aenderungen verweise ich Sie auf den beiliegenden Bericht der Commissäre.

## Joliet.

Die früheren Commissäre dieser Strafanstalt hatten unterm 1. Oktober 1892 Folgendes an den Gouvernör berichtet: „Baar an Hand und in den Banken deponirt $63,494.22. Diese Anstalt erhält sich selbst.“

Dieselben führten die Verwaltung bis gegen Ende Januar 1893 und am Ende ihrer Amtszeit machten sie in die Bücher der Anstalt einen Eintrag, in welchem es unter Anderem heißt:

„Am 1. Oktober 1892 waren $63,494.91 an Hand oder in den Banken und am 24. Januar 1893 $39,017.70, was eine Abnahme von $24,477.70 bedeutet." Dabei waren die Januar-Rechnungen noch nicht bezahlt. In demselben Eintrag wurde eine Erklärung dieses Cassenrückganges gegeben und dargelegt, es seien etwa $1850 für Reparaturen aufgewendet worden. Als Hauptgrund wurde aber „der Ablauf gutzahlender Contracte," womit Zuchthausarbeits-Contracte gemeint waren, angeführt.

Mit anderen Worten: Die Anstalt war finanziell zurückgegangen. Wenn man auch den Betrag von $1850, welcher angeblich für dauernde Verbesserungen verausgabt worden war, in Anschlag bringt, bestand doch ein Fehlbetrag von $22,627.70 zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Gefängnisses und dieser war in den Monaten Oktober, November und Dezember entstanden. Die Januar-Rechnungen waren noch nicht beglichen worden; dieselben ungünstigen Verhältnisse setzten sich gleichwohl während dieses Monats fort und in den 4 letzten Verwaltungsmonaten der alten Commissäre ergab sich zwischen Einnahmen und Ausgaben ein monatliches Manco von nahezu $7,542, was, wenn die Sache so fortging, ein Jahresdefizit von annähernd $90,000 und für 2 Jahre ein Defizit von $180,000 ergeben haben würde. Allerdings hatte die Anstalt vordem ihre Ausgaben gedeckt; aber unter den verschiedenen Gründen, womit die alten Commissäre das entstandene Defizit zu erklären versuchten, war auch die Thatsache angeführt, daß seit dem Verbot der Contraktarbeit die Contraktoren sich nicht mehr recht sicher fühlten und daß deshalb die Commissäre nicht mehr so hohe Vergütung wie früher für Sträflingsarbeit verlangen konnten.

Die gegenwärtige Staatsregierung übernahm die Gefängnißverwaltung gegen Ende Januar 1893 und fand fast sämmtliche Strafgefangenen zu solchen Löhnen beschäftigt, wie sie von den vorhergehenden Commissären normirt worden waren, und es bestand kein Zweifel, daß unter den bestehenden Verhältnissen die Anstalt um mehr als $7000 monatlich zurückkommen mußte, wie dies bereits in den letzten vier Verwaltungsmonaten der alten Commissäre der Fall gewesen war. Zu jener Zeit befanden sich 1372 Sträflinge in der Anstalt und jetzt enthält sie gar 1566. Der industrielle Druck, von dem schon vorher die Rede war, machte sich in dem Gefängniß besonders fühlbar. Die Stadt Joliet hat selbst eine Menge Fabriken und alle waren außer Betrieb. Gleichwohl und trotz der Ungunst der Verhältnisse haben die Commissäre fünf neue Industrien auf Staats-Rechnung eingeführt und fünf andere geändert, so daß jetzt zehn Industrien auf Staatskosten daselbst betrieben werden und zwei werden noch

von Contraktoren geführt. Unter Contrakten, die vor acht Jahren geschlossen wurden, waren 539 Sträflinge bis zum verflossenen Oktober vergeben. Wegen Mangels an Mitteln für Einführung neuer Arbeitszweige, arbeiten 321 Gefangene noch unter alten Contrakten. Die Einführung neuer Industrien verursachte zeitweilig Verluste für die Anstalt. Es nahm ja Zeit, um die Werke einzurichten; es nahm Zeit, die nöthigen Anordnungen für Lieferung des richtigen Materials zu erlassen; es nahm Zeit, bis die Sträflinge ihre neue Arbeit lernten, so daß während dieser Periode die Einnahmen zurückgingen. Nebenbei waren die ersten Leistungen der in der neuen Industrie beschäftigten Arbeiter nicht von der besten Qualität und mußten deshalb zu niedrigen Preisen losgeschlagen werden. Dies verminderte die Einnahmen der Anstalt ebenfalls empfindlich; aber alle diese mit der Einführung neuer Industrien verbundenen Hindernisse und Uebelstände sind beseitigt worden. Aus dem beifolgenden Bericht der Commissäre ergiebt sich, daß die Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Zuchthauses in der Zeit vom 1. Oktober 1892 bis 1. Oktober 1894 $129,141.48 betrug. Davon kommen $76,807.10 auf die Periode vom 1. Oktober 1892 bis 1. Oktober 1893 und $52,337.38 auf das vergangene Jahr. Von dem während des ersten Jahres entstandenen Defizit im Betrage von $76,807.10 entfielen $29,872.18 auf die Monate Oktober, November, Dezember und Januar, als die alten Commissäre noch die Verwaltung führten. Die derzeitigen Commissäre glauben aber, daß mit der Besserung der allgemeinen Geschäftslage die Anstalt unter dem neuen System sich wieder ohne Zuschüsse werde erhalten können. Dazu brauchen sie jedoch, wie sie in ihrem Bericht erklären, noch etwa $100,000. Wird ihnen dieser Betrag bewilligt, so werden sie jeden Sträfling der Anstalt auf Staatsrechnung beschäftigen und so endlich mit dem alten Kontraktsystem brechen können, einem System, welches jede Reform unmöglich machte, indem es den Sträfling demoralisirte und zum Thier herabwürdigte und nur den Kontraktor bereicherte.

Da die Anstalt lange Jahre den Kontraktoren überlassen war, von denen kein Aufwand für Verbesserungen erwartet werden konnte, so hat sich herausgestellt, daß sehr kostspielige Reparaturen der Böden, Dächer u. s. w. nothwendig geworden sind. Auch fand man, daß der Staat keine genügende Dampfanlage und gar keine Dampfmechanik hatte. Die neuen Commissäre haben eine Werkstätte errichtet, ein Maschinenhaus erbaut und ein vollständiges Dampf- und elektrisches Beleuchtungssystem herstellen lassen. Der Staat besitzt jetzt in Joliet eine der besten Dampfkraft-Einrichtungen im ganzen Land. In den Arbeitsräumen wird elektrische Kraft benützt. Ich möchte daher der Legislatur ergebenst vorschlagen, nach bisherigem Brauch eine Commission zur Besichtigung dieser, sowie der übrigen Anstalten und besonders der in denselben ausgeführten Aenderungen und Verbesserungen zu ernennen.

## Begnadigungen und Ungleichheit der Strafurtheile.

Im Anschluß an das, was ich über unsere Strafanstalt gesagt habe, halte ich es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit angelegentlichst auf den Gegenstand der Begnadigungen und der Ungleichmäßigkeit der Strafurtheile zu lenken, die eine Folge des gegenwärtigen Strafrechts-Systems sind. Dieses System der Rechtsprechung, welches auf jede Gesetzesübertretung eine bestimmte unwandelbare Strafe ohne Rücksicht auf Alter oder Charakter des zu Bestrafenden oder auf den Grad seiner Verschuldung setzt, ist ein Ueberbleibsel barbarischer Zeiten. Unter demselben kommt es häufig vor, daß junge Leute zu langer Gefangenschaft verurtheilt werden, sei es, weil sie schlecht vertheitigt wurden oder weil die Anklage besonders kräftig geführt wurde, während der hartgesottene Verbrecher, dessen Fall in einem anderen County zur Verhandlung kam, wegen desselben Vergehens mit einer kurzen Freiheitsstrafe ausgeht, weil er zufällig einen tüchtigen Vertheidiger hatte oder einem schwachen Staatsanwalt gegenüber stand. Da jede Anklage vor einer verschiedenen Jury verhandelt wird, so ist System und Gleichmäßigkeit unmöglich. Ich bin wiederholt aufmerksam geworden, daß Burschen unter 20 Jahren zu 15jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt wurden, während Dutzende von abgefeimten und sehr gefährlichen Verbrechern wegen gleichen Vergehens mit zwei oder drei Jahren davon kamen und dann wieder auf die bürgerliche Gesellschaft losgelassen wurden. Gegenwärtig entläßt man die Bestraften ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeit, ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Ist es schon schwer für einen Mann, der nicht in einer Strafanstalt war, Arbeit zu erlangen, ist dies unendlich schwieriger für Denjenigen, der durch die Schmach und die Erniedrigung des Gefängnißlebens herabgekommen. Sagt er, wo er sich zuletzt befand, wird er verhöhnt und fortgewiesen. Er muß also mit einer Lüge beginnen. Erhält er dann Arbeit, so wird seine Vergangenheit doch bekannt, und man entläßt ihn. Zuweilen wird er von Denen, die ihn kennen, ausgebeutet und oftmals wird er von Neuem zu Verbrechen getrieben und jede Hoffnung auf Besserung vernichtet. Damit ersteht der Gesellschaft ein desperater Verbrecher, dessen blutbefleckte Hand sie an die Gurgel greift. Und wenn sie dann mit Schaudern seine entsetzlichen Thaten betrachtet, kann sie mit reinem Gewissen sagen, daß sie nicht selbst mitgeholfen hat, ihn zu dem zu machen, was er geworden?

Das ganze System sollte geändert werden. Gericht und Jury sollten nichts thun, als die Schuld des Angeklagten feststellen und ihn zur Gefängnißhaft verurtheilen; die Entlassung aus der Strafanstalt aber sollte von Umständen abhängig gemacht werden. Junge Leute und Diejenigen, welche im Verbrechen noch nicht verhärtert sind; Solche, die in einem Moment der Versuchung, der Aufregung oder der Schwäche sich vergingen, müßten nur die geringste zulässige

Strafzeit in der Anstalt erhalten und dann freigelassen werden, aber nur nachdem ein Heim und Beschäftigung für sie gefunden worden. Die Erfahrung lehrt, daß die Gefängnißbeamten Arbeit für entlassene Sträflinge erlangen können. Verhärtete Verbrecher und Alle, die sich als natürliche Feinde der Gesellschaft erwiesen haben, sollten möglichst lange im Zuchthaus behalten werden. Dieses System wurde schon von meinem unmittelbaren Amtsvorgänger dringend empfohlen und in beredteren Worten, als sie mir zur Verfügung stehen. Indeß möchte ich mit demselben Eifer der Ueberzeugung für diese Reform eintreten.

## Zahl der Begnadigungen.

In den zwanzig meiner Verwaltung unmittelbar vorhergehenden Jahren wurden zusammen 1673 Begnadigungen und Strafumwandlungen gewährt, was auf ein Jahr durchschnittlich 73⅔ Fälle ergiebt. Governeur Cullom hat während seiner sechsjährigen Amtszeit 447 Begnadigungen gewährt oder durchschnittlich 74½ per Jahr. Während der zwei Jahre meiner Verwaltung habe ich 144 Begnadigungen und Strafumwandlungen verfügt, was durchschnittlich 72 auf das Jahr macht. Ich bin also unter dem Durchschnitt der Begnadigungen geblieben. Auf der anderen Seite hat aber die Zahl der Verurtheilten und, ihr entsprechend, die der Begnadigungsgesuche bedeutend zugenommen. Wir erhalten oft drei bis fünf Begnadigungsgesuche an einem Tag und die dadurch verursachte Arbeit ist so groß, daß sie von einem Einzelnen nicht mehr in richtiger Weise erledigt werden kann. Außerdem ist dies in vielen Fällen nicht das geeignete Mittel, Abhilfe zu schaffen, während, wenn die Strafgefangenen unter dem bereits besprochenen Parole-System entlassen würden, jeder Sträfling nach Verdienst behandelt werden könnte.

## Die Todesstrafe.

Während der letzten zwei Jahre sind in diesem Staat sieben Personen hingerichtet worden und in zwei Fällen habe ich die Todesstrafe zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe umgewandelt. Ich lege Ihnen zur geneigten Erwägung die Frage vor: ob die Todesstrafe einen wesentlichen Nutzen bringt; ob wir mit derselben besser daran sind als die Staaten, wo sie schon längst abgeschafft worden; ob sie nicht barbarisch und in ihren Wirkungen degradirend ist; und ob es nicht besser wäre, ein vernünftigeres Verwaltungs-System in unseren Strafanstalten einzuführen, und dann die Todesstrafe ganz abzuschaffen.

## Die Reformanstalt in Pontiac.

Dies war früher eine Reformschule für Knaben bis zu 16 Jahren. Vor vier Jahren hat die Legislatur ein Gesetz erlassen, welches diese Schule zu einer Reformanstalt für alle Sträflinge unter 21 Jahren macht.

Unter dem neuen Gesetz werden die Verurtheilten auf ein unbestimmtes Urtheil hin nach der Strafanstalt gesandt; das Gericht entscheidet einfach über Schuld oder Nichtschuld der Angeklagten und verurtheilt sie gegebenen Falls zur Unterbringung in der Anstalt, wo sie wenigstens ein Jahr zu verbleiben haben, unter Umständen aber auch eine Reihe von Jahren gehalten werden können. Die Verwaltung erhält genaue Information über den Charakter und die Vergangenheit des jungen Sträflings, über seine Bildung, Erwerbsfähigkeit ꝛc. Nach Verlauf eines Jahres kann der Gefangene zeitweilig entlassen werden, vorausgesetzt, daß ein Heim und passende Beschäftigung für ihn gefunden worden ist. Ist sein Verhalten während der Parolezeit gut, so wird er ganz entlassen; wenn nicht, so kann er wieder zurückgeholt werden. Ist der Gefangene aber bösartig oder wird es aus anderen Gründen und im Interesse der Gesellschaft nicht für passend erachtet, ihn zeitweilig auf Parole zu entlassen, so muß er so lange in der Anstalt verbleiben, bis er die für sein Vergehen festgesetzte Strafe vollständig abgebüßt hat.

In dieser Anstalt wird der Zweck verfolgt, jedem jungen Menschen die Elementarkenntnisse eines Unterrichts im Englischen beizubringen und die höheren Grade der Bildung und sittlichen Entwicklung, deren er fähig ist; ferner, so weit nöthig, ihn für ein Gewerbe auszubilden, und vor Allem ihn an Fleiß und Sittlichkeit zu gewöhnen.

Wegen Uneinigkeit in der Verwaltungsbehörde und wegen des Falliments einiger Contractoren wurde bis vor achtzehn Monaten praktisch nichts für die Umbildung der Anstalt gethan. Seit jener Zeit aber sind drei neue Gebäude aufgeführt und die alten wesentlich geändert und umgestaltet worden. Jetzt sind neun Schulen im Gang und beinahe doppelt so viele Werkstätten oder Schulen für mechanische Ausbildung. Der Gefangene ist gezwungen, bestimmte Stunden dem Studium und dem mündlichen Vortrag zu widmen und gewisse andere Stunden in der Werkstatt zuzubringen und sich mit dem Gebrauch von Handwerkszeug vertraut zu machen. Außer diesen Uebungsstunden müssen die Aelteren an der Herstellung von Verkaufsgegenständen arbeiten, so daß die Anstalt ein großes Gefängniß, eine englische Schule, eine mannigfaltige Werkstätte mit Unterweisung und eine Fabrik darstellt. Es besteht da ein gutes Musikcorps und der Superintendent ist sammt den Verwaltern aufgefordert worden, einen kompetenden Beamten zu engagiren, um die Jungen täglich in militärischen Uebungen zu drillen, was nicht nur eine gesunde körperliche Bewegung ist, sondern besonders auch zur Entwicklung des Charakters und einer besseren Haltung geeignet sein wird.

Es sind gegenwärtig 813 Knaben und Jünglinge daselbst. Im abgelaufenen Jahr wurden 266 nach den Bestimmungen des Gesetzes auf Parole entlassen. Für

alle war, bevor sie die Anstalt verließen, Unterkommen und Arbeit besorgt worden; die Gefängnißbeamten blieben in fortwährender Correspondenz mit den Entlassenen und ihren Arbeitgebern und der Erfolg war hocherfreulich und übertraf bei Weitem die Erwartungen der Freunde der Anstalt. Von den 266 auf Probe Entlassenen kommen 231 nach eingelangten Berichten gut voran. Ueber die anderen war Folgendes berichtet: In die Anstalt zurückgebracht 10; entlaufen oder außer brieflichem Verkehr geblieben 24; gestorben 1. Die Theorie, auf welche diese Besserungs-Anstalt gegründet wurde, ist zwar nicht vollkommen neu, war jedoch im Westen noch gar nicht erprobt und überhaupt sonstwo nur in beschränktem Maße praktisch ausgeführt worden. Da man wünschte, Illinois ein Reformatorium zu geben, das hinter keiner Anstalt gleichen Genres zurückstehen sollte, so bemühte man sich, an die Spitze dieses Instituts Männer zu stellen, welche, von den höchsten Motiven geleitet, mit der Literatur über Reformatorien und den damit gemachten Erfahrungen bekannt waren und begeistert auf die Sache eingingen. Besonders galt es, für die unmittelbare Leitung der Anstalt einen Mann zu finden, der nicht nur den Gegenstand wissenschaftlich beherrschte, sondern die Erfahrung eines Geschäftsmannes, eines Gefängnißverwalters, eines Erziehers der Anstalt zur Verfügung stellen konnte und zugleich mit den erfolgreichsten praktischen Methoden in neuen Reformatorien vertraut war. Als Resultat der vereinten Bemühungen dieser Männer besitzen wir jetzt eine Staats-Reformanstalt, welche jedem ähnlichen Institut dieses Landes ebenbürtig gegenübersteht und in einer Weise geleitet wird, die sie bald zu einer der besten der Welt machen wird. In Verbindung damit empfehle ich, die Altersgrenze der für diese Anstalt bestimmten jungen Leute von 21 auf 30 Jahre zu erweitern und sie in diesem Punkt nach dem New Yorker Reformatorium in Elmira zu gestalten.

## Lehrer-Seminare.

Die Vorzüglichkeit der öffentlichen Schulen dieses Staates ist seit Jahren der Stolz und die Freude des Volkes gewesen und vor einiger Zeit hat die Legislatur Fürsorge getroffen für die Errichtung von zwei Normal-Universitäten in unserem Staat, um den jungen Männern und Damen, welche sich dem Lehrerberuf widmen wollen, die Mittel zur Ausbildung für dieses Fach zu bieten. Die eine wurde in Carbondale errichtet, die andere in Normal, und beide sind auf Staatskosten erhalten worden und befinden sich in einem ziemlich gedeihlichen Zustand. Indessen wurden Beschwerden darüber erhoben, daß zu viele Kinder zugelassen würden und zwar nur deshalb, weil sie Schulgeld bezahlten, und wirklich schienen die Anstalten auf dem Wege, Hochschulen für die Umgegend, statt Normal-Universitäten zu werden. Man erachtete es deshalb für passend, den Beamten dieser Anstalten die Nothwendigkeit nahezulegen, dieser Tendenz

Einhalt zu thun und nur solche Kinder aus der Nachbarschaft aufzunehmen, welche zur Bildung von Musterschulen nothwendig sind und außerdem den Eintritt nur derer zu begünstigen, welche sich dem Lehrerberuf zu widmen wünschten. Beide Anstalten befinden sich gegenwärtig in einem gedeihlicheren Zustande, als es je seit ihrer Errichtung der Fall war. Und da sie wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Volksschulen des Staates auszuüben bestimmt sind, so empfehle ich, dieselben in möglichst liberaler Weise zu bedenken.

## Höhere Bildung.

Während wir unser Erziehungswesen auf tiefer und breiter Grundlage aufgebaut und dasselbe erfolgreich entwickelt haben, unterließen wir es bisher, den jungen Leuten die Mittel zur höheren Ausbildung zu bieten, wie sie in anderen Staaten geboten werden, und deshalb gehen Tausende von jungen Männern unnd Damen alljährlich nach benachbarten oder östlichen Staaten, um diese Vortheile zu erlangen. Wir haben eine ganze Menge von Privat-Colleges, welche in ihrer Art Ausgezeichnetes leisten und alle Förderung verdienen; allein sie besitzen nicht die Mittel zur Beschaffung des ausgezeichneten Materiales, welches jetzt für höhere Lehranstalten erforderlich ist. Dies kann nur von Instituten geboten werden, welche entweder von Privatpersonen reichlich ausgestattet oder vom Staat unterstützt werden. Die große Mehrzahl der höheren Lehranstalten im Mississippi-Thal wird, wenigstens theilweis, vom Staat unterhalten. Dies ist insonderheit in Michigan, Wisconsin, Missouri und Jowa der Fall.

## Die Universität von Illinois.

Seit vielen Jahren wird zu Champaign in diesem Staate, zum Theil auf öffentliche Kosten, eine Universität erhalten, die jetzt „University of Illinois“ heißt. Das Volk scheint eigenthümlicher Weise nicht viel davon zu wissen. Viele halten sie für eine Ackerbauschule. Gleichwohl sind seit Jahren einige der hervorragendsten Männer des Landes dort als Professoren thätig gewesen und haben Vorzügliches geleistet. Es ist daselbst eine landwirthschaftliche Versuchsstation eingerichtet, welche als ein Nebeninstitut der Universität den Studirenden spezielle Vortheile und die Mittel bietet, sich über Baumcultur und alle Zweige der Landwirthschaft, und zwar ohne besondere Kosten, zu unterrichten. Auch ist dort ein Armeeoffizier angestellt, welcher Unterweisung in der Militärwissenschaft gibt, so daß die Zöglinge den Vortheil genießen, sich in der Form von Uebungen militärisch auszubilden, ohne dabei ein Opfer an Geld oder Zeit bringen zu müssen. Die Ausstattung der Universität für den Unterricht in den modernen Wissenschaften ist sehr gut und die Zahl der Studirenden im Ingenieurfach hat so stark zugenommen, daß die letzte Legislatur eine ansehnliche

Bewilligung für Errichtung eines Ingenieur-Gebäudes machen mußte. Dieser Bau ist vollendet und bereits seinem Zweck gewidmet und es wird mir von Männern, welche die Einrichtungen anderer großer Lehranstalten des Landes untersucht haben, versichert, daß die Universität von Illinois jetzt das am besten eingerichtete und ausgestattete Ingenieur-Departement, besonders im Fach der elektrischen Mechanik, hat, das im Mississippi-Thal zu finden, und so gut wie irgend eines im Lande. Die Universität besitzt große wissenschaftliche Sammlungen und ihr Museum hat eine ansehnliche Bereicherung durch die Columbische Weltausstellung erlangt. Nur fehlt es an Raum für Aufstellung dieser Gegenstände; eine große Anzahl liegt noch in Verpackung; ein Bibliothek- und Museumsgebäude ist dringend nöthig. Die Zahl der Studirenden an der Universität ist jetzt auf nahezu 800 gestiegen und nimmt rasch zu. Es sind Schritte gethan worden, das Volk mit diesem Institut näher bekannt zu machen und man glaubt, daß die Zahl der Studirenden sich binnen kurzer Zeit verdoppeln werde. Da nun Illinois einer der reichsten und größten Staaten der Erde bildet, da seine Bevölkerung allen andern in fast jedem Gebiete menschlichen Schaffens voraus ist und da wir durch unsere Erfolge nicht nur die Aufmerksamkeit, sondern sogar die Bewunderung der Welt erregt haben, so sollte nach meinem Dafürhalten Illinois auch eines der größten Bildungs-Institute der Erde besitzen. Wir haben die Mittel, das Volk und den Unternehmungsgeist dazu. Wir sollen eine Universität haben, die sich frei hält von dem in einigen Theilen des Landes herrschenden Dilettantismus; welche unentwegt jene Grundsätze starker lebendiger Männlichkeit und treuer Hingebung ans Vaterland einprägt, jene Prinzipien bürgerlicher Freiheit und Republikanischer Regierung, die unser Land groß und glorreich in den Augen der Welt gemacht haben. Ich lege Ihnen dieselbe dringend ans Herz, diese Lehranstalt in liberalem Geiste zu behandeln.

## Neubauten.

Im Laufe der vergangenen zwei Jahre sind 13 neue Gebäude für den Staat errichtet worden, wovon die Ingenieur- oder mechanische Halle der Universität das bedeutendste ist.

## Verbesserung des Civildienstes.

Hier möchte ich darauf aufmerksam machen, daß gesetzliche Aenderungen über den Civildienst dringend nöthig sind, um die Executivbeamten des Staates wie der Stadtgemeinden gegen die unablässige und stürmische Belästigung wegen Anstellung zu schützen. In einem großen Staat wie dem unsrigen und einer Großstadt wie Chicago ist dieser Andrang so gewaltig, daß physische Kraft ihn kaum auszuhalten vermag, während nebenbei viel Zeit verloren und der öffentliche Dienst bedenklich beeinträchtigt wird. Wegen der großen Menge Unbe-

schäftigter ist dieses Uebel in den letzten paar Jahren ganz besonders fühlbar geworden. Ich bezweifle die Richtigkeit eines Systems, welches stets dieselben Leute im Amte hält, weil es nicht geeignet ist, das höchste Maß der Leistung und Tüchtigkeit zu sichern. Jeder Executivbeamte oder Departements Vorstand, sei es im Staats= oder im städtischen Dienst, sollte, da er für seine Amtsführung verantwortlich, unter einem allgemeinen Regulativ die Befugniß haben, irgend einen Angestellten zu entlassen, wenn dies nach seinem Urtheil im Interesse des Dienstes liegt. In diesem Fall aber sollte eine erledigte Stelle mit Demjenigen besetzt werden, der auf der Namensliste der von einer Prüfungsbehörde wegen Tüchtigkeit Auserwählten obenan steht. Dies würde Versuchung beseitigen Plätze für Günstlinge frei zu machen, und die Beamten gegen die unangenehmen Zumuthungen eines Heeres Leute schützen, welche Anstellung für ihre Freunde suchen. Wir müssen einen Mittelweg zwischen der Beibehaltung Unfähiger und der Beutevertheilung finden.

### Veröffentlichung der Zahllisten.

Sämmtliche Trustees und Superintendenten sind angewiesen worden ihren Berichten die vollständigen Zahllisten ihrer Anstalten beizufügen mit Angabe der Zahlungsempfänger, der einzelnen ausgezahlten Beträge und der geleisteten Dienste. Diese Berichte werden gedruckt, so daß jeder Steuerzahler im Staate sehen kann, wer Geld aus der Staatskasse erhalten hat. Dies ist früher niemals geschehen; aber es wird, wie ich glaube, wenn stetig durchgeführt, ein gutes Schutzmittel für das Gemeinwesen sein.

### Der Illinois und Michigan=Canal.

Zu meinem großen Vergnügen kann ich berichten, daß die Canal=Commissäre sich erboten haben, $50,000 an die Staatskasse einzuzahlen, was ohne Verzug geschehen wird. So etwas ist seit beinahe 20 Jahren nicht vorgekommen. Der Canal hängt größtentheils von der Beförderung von Bausteinen nach Chicago ab. Dieses Geschäft ging bis vor etwa 2 Jahren ganz gut; seit mehr als einem Jahr aber ist es ganz still gestanden und gleichwohl haben die Commissäre solche Ersparnisse in den Betriebskosten zustande gebracht, daß die Reineinnahme des Canals die der viel günstigeren Jahrgänge weit überstieg, so daß nach Ueberweisung von $50,000 an die Staatskasse noch ein Ueberschuß von $38,000 für möglicherweise entstehende außerordentliche Fälle verbleibt.

### Eine halbe Million gespart.

Diese $50,000 zu den oben erwähnten $150,000 vom Versicherungs=Departement hinzugerechnet, zu den $233,484 aus den Wohlthätigkeitsanstalten und zu den noch zu erwähnenden $92,000 von der Illinoiser Weltausstellungs=Behörde, ergeben über $525,000, welche seit dem 1. Januar in die Staatskasse geflossen sind oder zur Ueberweisung bereit liegen.

## Ausdehnung des Lincoln-Parks.

Da Grund und Boden immer werthvoller werden, so sind Spekulanten darauf aus, am Seeufer auf der Nordseite von Chicago neues Land zu gewinnen und manche Besitzer von Uferland bauen, dem Gesetz entgegen, zu diesem Zweck Dämme in's Wasser hinaus. Allein dieses Ufer sollte, so weit als möglich öffentlichen Zwecken erhalten bleiben. Da der Lincoln-Park bereits viel zu klein geworden ist für die Menschenmassen, welche dort reine Luft und Erholung suchen, und derselbe nur dadurch erweitert werden kann, daß man den seichten Strich des Sees benützt, so empfehle ich ein Gesetz, welches den Park-Commissären gestattet, Uferrechte zu erwerben und den Lincoln-Park und die Fahrstraßen bis nach Evanston auszudehnen. Dadurch würde das Ufer geschützt und der großartigste Park der Welt geschaffen.

## Die Wahlgesetze.

Unsere Wahleinrichtungen sind zwar während der letzten zehn Jahre bedeutend verbessert worden; dennoch aber zeigen sich noch große Mängel. Solange wir nicht jeden Amtsbewerber frei und auf seinem persönlichen Verdienst fußend vor die Bürgerschaft stellen und es jedem Bürger ermöglichen, seine Stimme ohne Hinderung und Störung irgendwelcher Art abzugeben, so lange haben wir unsere Pflicht nicht gethan. Dieser Staat sollte das vollkommenste System für den freien Willensausdruck des Volkes haben, das erdacht werden kann, und ich empfehle eine sorgfältige Revision unserer Wahlgesetze.

## Rechtsverwaltung in großen Städten.

Der Geschäftsgang in den Gerichtshöfen von Chicago ist derart, daß er fast einer Justizverweigerung gleichkommt. Es dauert Jahre, bis in den Gerichten ein Prozeß zur Erledigung gelangt, und die Kosten und Widerwärtigkeiten und der Zeitverlust in der Verfolgung desselben sind so groß, daß der Unbemittelte sie nicht erschwingen kann und der Geschäftsmann sie nicht tragen will. Die Streitstheile ermüden und das Streitobjekt wird in vielen Fällen werthlos, bevor das Gericht darüber entscheidet. Das ist nicht die Schuld der Richter, sondern des Systems, welches häufig dazu führt, den Ehrlichen zu entmuthigen und dem Schlechten, dem es Gelegenheit gibt, seinen Gegner mürbe zu machen, Vortheile zu verschaffen.

Wohl hat auf Betreiben des Juristenstandes die vorige Legislatur die Zahl der Richter stark vermehrt, aber die alten Zustände haben sich kaum geändert. Wir haben jetzt 28 Richter in Cook County allein, während es in ganz England, Irland und Wales nur 34 gibt. In England werden die meisten Prozesse ohne Aufschub erledigt. Der Unehrliche findet keinen Vortheil im Prozessiren; wir dagegen mit unserem Formeln- und Verzögerungssystem bieten ihm beinahe eine Prämie dafür.

Wir haben unser Rechtssystem vor mehr als einem Jahrhundert von England entlehnt, als dasselbe noch mit sinnlosem Formelkram belastet war, und an seinen Fehlern und Gebrechen haben wir seitdem hartnäckig festgehalten, während England dieselben schon längst beseitigt hat. Schon vor 75 Jahren begann man dort das Gerichtsverfahren zu reformiren durch die Ausmerzung nutzloser Unterscheidungen und Formeln, durch Vereinfachung der Procedur und durch rasche Entscheidung jedes Falles nach seiner Wesenheit, und die Appellgerichte stoßen jetzt Erkenntnisse nur dann um, wenn nachweislich Unrecht geschehen ist und nicht blos daraufhin, daß irgend eine Regel oder nutzlose Form außer Acht gelassen wurde. Was die Rechtsprechung anbelangt, so sind wir Dreiviertel eines Jahrhunderts hinter England, von dem wir unser System entlehnten, zurückgeblieben. Wir mögen in der Politik groß sein; aber an Staatsweisheit stehen wir nicht obenan. Das ganze System sollte revidirt und vereinfacht werden, damit das Volk eine raschere Justiz erhält, nicht spitzfindige Finessen.

## Polizei- und Friedensgerichte.

Ich muß abermals Ihre Aufmerksamkeit auf die Zustände in den Polizei- und Friedensgerichten in Chicago lenken. Diese sind schmachvoll und wir werden den Anforderungen der Zeit nicht gerecht, wenn wir nicht Mittel finden, um diesem Uebelstand zu begegnen. Auch mache ich nochmals auf den Mißstand aufmerksam, Beamte, welche mit der Rechtsverwaltung in Verbindung stehen, auf Sporteln anzuweisen. Es ist dies das Fundament, auf welchem sich ein weiter Bau von Betrug, Erpressung und Bedrückung erhebt. Keines Mannes Brod sollte von den Geschäften abhängen, die er für einen sogenannten Friedensrichter auftrommeln kann. Ueber beide Gegenstände habe ich mich in meiner Botschaft an die letzte Legislatur verbreitet und ich beziehe mich statt weiterer Erörterung auf dieselbe.

## Die Columbische Weltausstellung.

Im Juni 1891 erließ die Legislatur ein Gesetz, wodurch dem Staat die Betheiligung an der Weltausstellung ermöglicht und die Staats-Ackerbaubehörde ermächtigt wurde, ein Gebäude zu errichten und eine Ausstellung zu veranstalten, welche die natürlichen Hülfsquellen dieses Staates veranschaulichen soll, sowie die von demselben in der Verwaltung seiner verschiedenen Departements, Behörden, Commissionen und Einrichtungen zur Förderung des sittlichen und materiellen Wohles und zur Erziehung seiner Bewohner eingeführten Methoden und der darin erzielten Erfolge. Unter diesem Gesetz war die Behörde einzig und allein zu einer Ausstellung berechtigt. Später, als man erkannte, daß wir gewissermaßen die Rolle des Gastgebers zu spielen hätten, wurde es von Manchen beklagt, daß keine Fürsorge für gesellschaftliche Unterhaltung und für

Gastlichkeit getroffen waren. Immerhin wurde eine vollständige und glänzende Ausstellung der Hülfsquellen und Produkte des Staates und der Wirksamkeit unserer Civileinrichtungen veranstaltet und das ganze Unternehmen seitens der Verwaltungsbehörde mit solcher Tüchtigkeit geleitet, daß von der ihr zur Verfügung gestellten Summe nahezu $89,000 übrig bleiben und jetzt zur Rückleitung an die Staatskasse bereit liegen. Dasselbe Gesetz, welches diese Behörde schuf, sorgte auch für die Bildung einer Frauenbehörde für die Illinoiser Ausstellung, um die Frauenarbeit im Staate zur Veranschaulichung zu bringen: zehn Prozent von den für Ausstellungszwecke bewilligten $800,000, das heißt 80,000, wurden dieser Behörde zugewiesen. Die Damen arbeiteten mehrere Jahre angestrengt und brachten eine Sammlung und Schaustellung zustande, die ihnen selbst und den Frauen des Staates überhaupt zu großer Ehre gereichte. Auch versahen sie den geschäftlichen Theil ihres Unternehmens mit solcher Sorgfalt und Fähigkeit, daß sie $3000 übrig behielten, welche nunmehr an die Staatskasse zurückgehen. Viele vom Staat Illinois ausgestellte Sachen waren die besten in der ganzen Ausstellung.

### Die Stats-Fair und Vieh-Ausstellungen.

Seit der Weltausstellung hat der Staats-Ackerbaurath die Staats-Fair dauernd nach Springfield verlegt. Er hat daselbst bereits ein großes Gebäude errichtet und ist daran, noch mehrere zu errichten, und eine sehr erfolgreiche Fair wurde vergangenen Herbst veranstaltet. Die Fair ist ein dauerndes Staatsinstitut geworden und verspricht von großer Bedeutung zu werden. Unsere Bürger werden wohl mit Genugthuung vernehmen, daß auf Grund des gewaltigen Umfangs und der Vorzüglichkeit unserer Erzeugnisse die Staats-Fair von Illinois jetzt für die beste im ganzen Lande gilt. Dabei werden die Fairs der anderen Staaten zu einer Zeit abgehalten, daß sie mit unserer Fair nicht zusammenfallen.

Der Staats-Ackerbaurath hat unlängst auch eine Pferde-Mastvieh- und Geflügel-Ausstellung in Chicago veranstaltet, welche sich zu einem großen Erfolg gestaltete. Die Wirkung dieser Industrie-Ausstellungen, welche nicht nur unsere Producte und die Vorzüglichkeit unserer Viehzucht zur Anschauung bringen, sondern gewissermaßen auch die gewerbliche Intelligenz und das Genie unserer Bevölkerung, kann als Bildungs-Element gar nicht hoch genug angeschlagen werden, indem unser Niveau fortwährend erhöht und ein Wettbestreben hervorgerufen wird, das nach immer größerer Vollendung trachtet.

### Bedürfniß einer großen öffentlichen Halle in Chicago.

Die Columbische Weltausstellung zog die Aufmerksamkeit der ganzen civilisirten Welt auf uns und gewann uns allgemeine Bewunderung. In Folge

dessen nehmen wir jetzt eine Stellung ein, die uns den Blicken der Welt ausgesetzt, wo wir weder zurückweichen noch still stehen können, ohne ein Gefühl tiefer Beschämung. Wir müssen voran, um den hervorragenden Platz zu behalten, den wir errungen haben. In Verbindung damit möchte ich andeuten, daß wir in Chicago ein großes Gebäude für die Veranstaltung von Ausstellungen, Concerten und anderen Massenvereinigungen bedürfen, die zum Theil öffentlichen Charakters sind und nicht blos den Zwecken der Unterhaltung dienen. Der Staat zahlt jetzt alljährlich einen bedeutenden Miethsbetrag für die Armories der Ersten Brigade der Illinoiser Nationalgarde. Wenn die Stadt Chicago ausreichenden Platz an der Seefront für den Zweck hergibt und patriotische Bürger genügende Fonds zur Deckung eines etwaigen Deficits beisteuern, so würde ich für die Errichtung eines solchen Gebäudes die Bewilligung eines Betrags empfehlen, welcher der capitalisirten Summe der jetzigen Miethe bei 5 procentiger Verzinsung entspricht. Dies natürlich unter der Bedingung, daß die Nationalgarde das Vorrecht auf Benützung dieses Gebäudes für Armory und ähnliche Zwecke erhält und es ausschließlich in Zeiten von Gefahr und öffentlichen Unruhen benützt.

## Ungerechtes Steuersystem.

Was man auch von der Theorie unseres Steuersystems denken mag, in der praktischen Anwendung zeigt es sich als colossale Ungerechtigkeit. Unter ihm geben die Großcapitalien wenig ab, während die Leute mit kleinem oder mäßigem Besitz fast die ganze Last tragen müssen. Das bewegliche Eigenthum der Reichen ist fast gar nicht besteuert. Es gibt in unserem Staat Tausende, die gewaltigen Reichthum in Actien, Bonds und anderen Mobiliarwerthen angelegt haben, wofür sie nicht einen Dollar Steuer entrichten, während sie doch alle Wohlthaten der Bildungsanstalten, den staatlichen Schutz und sonstige Vortheile geradeso wie ihre Nächsten genießen. Und eigenthümlicher Weise sind gerade sie es, die oft am meisten von Patriotismus und Bürgerpflicht sprechen. Die Nichtbesteuerung des beweglichen Eigenthums rührt zum Theil davon her, daß wir keine Mittel haben, Jeden zur ehrlichen Angabe seines Vermögens zu zwingen. Aber auch in der Besteuerung des Grundeigenthums herrscht große Ungleichheit bei der Einschätzung von kleinen und von werthvollen Liegenschaften. In Chicago z. B. ist der Laden eines kleinen Geschäftsmannes und das Häuschen des Arbeiters oder des Minderbemittelten zu 25 bis 40 Procent des Baarwerthes eingeschätzt, während die großen Geschäftspaläste der ganz Reichen nur zu 15 bis 20 Prozent angelegt sind und die prächtigen und glänzenden Residenzen werden gar nur zu 8 bis 15 Prozent des Marktwerths angesetzt und dabei die kostbaren Einrichtungen, welche oft einen Werth von $50,000 bis $100,000 haben, in den Steuerbüchern gar nicht erwähnt. Die krasse Ungerechtigkeit in

der Einschätzung von greifbarem Eigenthum, wie Liegenschaften, ist großentheils unmittelbar auf Corruption zurückzuführen. Man hat ermittelt, daß große Grundbesitzer von vornherein Agenten anstellen, die auf ihr Interesse zu sehen und die Steuer niedrig zu stellen haben. Diese Agenten beschäftigen wieder Mittelspersonen, welche sich mit den Gehülfen des Steuerassessors verständigen und durch Bestechung es dahin bringen, daß gewisses Eigenthum rechtswidrig eingeschätzt wird und der Besitzer fünf bis zehnmal soviel profitirt, als der Assessor bekommen hat. Die Folge von alledem ist, daß die Minderbemittelten, die Leute mit kleinem Besitzthum zwei bis vier Mal mehr im Verhältniß bezahlen als die ganz Reichen, welche außerdem noch in jeder Weise die Staatsausgaben vermehren helfen. Der kleine Grundbesitzer ruft fast nie besonderen Polizeischutz an und verlangt niemals militärischen Schutz. Die Großbesitzer aber benützen Beides. Es ist immer schwierig, mit Gesetzen gegen Corruption vorzugehen; immerhin darf man annehmen, daß es eine gute Wirkung haben müßte, wenn die Steuereinschätzungen mehr an die Oeffentlichkeit kämen. Ich höre, daß in manchen Städten die Steueranlagen nach Blocks in den Zeitungen bekannt gegeben werden unter spezieller Angabe der Namen der Besitzer, ihrer einzelnen Eigenthumsobjecte und des Betrags der Besteuerung. Diese Einrichtung hat sich als wirksam erwiesen.

Eine andere Quelle großen Unrechts ist der Umstand, daß fast jedes große Unternehmen es durch Specialgesetz dahin zu bringen wußte, daß die Methode der Steuerveranlagung geändert wurde. Damit wird die Steuer-Einschätzung verschiedener Eigenthumsarten nach einem gleichen System unmöglich. Könnte das gegenwärtige System ganz aufgehoben und ein einfaches Gesetz erlassen werden, das Alles, was einen Verkaufswerth hat, zur Besteuerung heranzieht, entweder nach dem Marktwerth oder einem festen Procentsatz des Marktwerthes, so würde wenigstens eine billige und gerechte Besteuerung möglich sein. Es ist der Wirrwarr der Spezial- und Detailgesetzgebung, welche die gegenwärtigen Ungeheuerlichkeiten geschaffen hat. Ein hervorragender Bürger von Chicago hat eine Darlegung ausgearbeitet, welche ich hier anfüge wegen der merkwürdigen Dinge, die sie enthält, und weil sie einen Plan für gleichmäßige Besteuerung vorschlägt, der vielleiche mit Nutzen verwerthet werden kann.

## Besteuerung der Corporationen. Corruption der Staatsbehörde.

Unter unserem Gesetz werden die Corporationen vom „State Board of Equalization" eingesteuert. Diese Behörde besteht aus einem Mitgliede von jedem Congreßbezirk des Staates. Theoretisch sollte man glauben, eine so zusammengesetzte Behörde müsse nichts anders als eine gerechte und gleichmäßige

Steueranlage durch den ganzen Staat anstreben und insbesondere die Corporationen in gleichem Maße wie das übrige Eigenthum zur Steuer heranziehen. Allein in Wirklichkeit hat diese Behörde fast das gerade Gegentheil gethan und bewiesen, daß eine gerechte Ausgleichung zwischen den verschiedenen Counties des Staates durch eine so zusammengesetzte Behörde unmöglich und speziell eine angemessene Besteuerung des Corporations-Eigenthums außer Frage ist. Soweit dieselbe sich überhaupt mit der Aufgabe der Ausgleichung beschäftigt, ist ihre Thätigkeit nur darauf gerichtet, die Steuerlast von einzelnen Districten des Staates abzuwälzen und sie anderen aufzuladen. Da die Staatssteuer gegenwärtig nur 31 Cents von $100 beträgt, während die Localsteuern in den verschiedenen Counties sich zwischen 350 und 750 Cents von $100 bewegen, so möchte ich behaupten, daß diese Ausgleichsbehörde nicht länger nöthig ist. Wäre auch die Steuereinschätzung in einzelnen Counties etwas niedriger als in anderen, so würde der Unterschied in der Staatssteuer kaum bemerkbar sein, und da so ziemlich alle Counties gezwungen sind, die Anlage in einer mäßigen Grenze zu halten, so daß sie gerade die nothwendigen Localeinnahmen liefert, so würde die Erhebung der Staatssteuer nach den County-Einschätzungen keine merkbare Ungerechtigkeit mit sich bringen, während hingegen das derzeitige System von Anfang an eine Quelle des Unrechts war. Während ferner der Besitz der Mehrzahl der Corporationen im Staat, besonders der kleineren, in gerechtem Verhältniß eingesteuert werden kann, wird das gewaltige Vermögen der reicheren und mächtigeren Corporationen von der Ausgleichbehörde vor Besteuerung geschützt. Einige wenige Mitglieder bemühen sich zwar für eine ehrliche Steueranlage; aber die Mehrheit kümmert sich nicht um sie.

### Steuer-Einschätzungs Corruption in Chicago.

In Chicago allein gibt es einige Gesellschaften, die außer ihrem steuerbaren Besitz noch Eigenthum von mehr als $200,000,000 Werth eignen, welches sich Steuern jeder Art entzieht, obgleich sein Werth sich ebenso leicht feststellen ließe, wie der von Grundeigenthum, obgleich keine einzige Farm im Staate unbesteuert bleibt.

### Pullman's Steuerbefreiung.

Eine einzige Corporation, welche, um ihr Eigenthum beschützen zu lassen, vergangenen Sommer den Staat so große Summen kostete, besitzt an $40,000,000 von Eigenthum, wofür sie nicht einen Dollar Steuer zahlt. In Wahrheit sind es die Gesellschaften, die sich der Steuerpflicht entziehen, welche zuerst von Staat und Gemeinde Schutz verlangen.

Abschaffung der jetzigen korrupten Staats-Steuer-Behörde verlangt.

Wenn ein als Mitglied der Ausgleichbehörde erwählter und auf seine Pflicht vereidigter Mann nach dem Capitol kommt und Tag und Nacht mit Aufbietung aller Kräfte und Mittel dafür arbeitet, eine gewisse Gesellschaft gegen Besteuerung zu schützen, und es schließlich durch Zusammenstecken mit anderen Mitgliedern dahin bringt, seiner Gesellschaft von $100,000 bis $400,000 an Steuern zu retten, so wird das Volk begreifen, welcher Art und Größe das Mittel gewesen sein muß, welches ihn zum Verräther an seiner öffentlichen Pflicht machte. Die meisten Geschäftsunternehmungen, die Fabrik- und anderen großen Interessen im Staat, befinden sich jetzt im Besitz von Gesellschaften.

Diese sollten mit derselben Rücksicht wie Privatpersonen behandelt werden. Sie dürfen deshalb, weil sie Corporationen sind, nicht schwerer besteuert werden. Auf der anderen Seite aber sollte ihnen nicht gestattet sein, sich ihres Antheils an den öffentlichen Lasten zu entledigen, blos weil sie groß und mächtig sind. Erfahrung hat gelehrt, daß Theilung der Verantwortlichkeit die Mutter der Corruption ist. Solange der Unehrliche merkt, daß das Auge des Publikums auf ihn persönlich gerichtet ist, wird er wenigstens den Schein der Ehrlichkeit zu erhalten suchen; wenn aber ein Dutzend Leute mit ihm verbunden sind, so wird er ohne Scham und Scheu den Lohn der Corruption einstecken. Was die Besteuerung der Corporationen betrifft, sollte ein Staatsbeamter beauftragt sein, den Marktwerth des Corporations-Vermögens festzustellen und in die Steueranlagebücher einzutragen und auf Grund dessen eine Einsteuerung erfolgen, welche mit der des übrigen Eigenthums im Staate hermonirt. Unter allen Umständen ist erwiesen, daß die Staats-Ausgleichbehörde nicht nur unnütz, sondern geradezu schädlich ist, und abgeschafft werden sollte.

„Fremde" Corporationen.

Gegenwärtig fehlt es noch an geeigneten Gesetzen für Besteuerung der in anderen Staaten gegründeten Corporationen. Es giebt eine Menge solcher Gesellschaften, die ein ungeheures Geschäft in unserem Staate thun und an unserer Bevölkerung Geld verdienen, aber beinahe nichts zum Unterhalt unserer Regierung beitragen. Unter dem Gesetz, wie es zur Zeit besteht, können wir nur dasjenige greifbare Eigenthum zur Besteuerung heranziehen, welches sie hier zu lassen für gut finden. Ich weiß, daß mehrere Corporationen vorhanden sind, die ursprünglich unter unseren Gesetzen organisirt waren, nach einigen Jahren aber ihre Charters aufgaben und sich unter dem Gesetz eines anderen Staates organisirten, in der Absicht, der Besteuerung sich hier zu entziehen; und da sie fast ihr ganzes Geschäft hier thun, so zahlen sie natürlich nur sehr wenig

Steuer in dem Staat, wo sie jetzt organisirt sind, und kommen auf diese Weise fast ganz unbesteuert durch. Dem sollte ein Ende gemacht werden. Diejenigen, welche diese Corporationen leiten, sind zwar alle ehrbare Männer, um aber in diesem Punkt gute Bürger aus ihnen zu machen, sind wohlerwogene scharfe Gesetze nothwendig.

### Zeitungs=Eigenthum beinahe steuerfrei.

Während die meisten Corporationen durch die staatliche Ausgleich=Behörde zur Besteuerung eingeschätzt werden, haben wir ein Gesetz, welches vorschreibt, daß Gesellschaften, welche für gewisse Zwecke gebildet sind, darunter für die Herausgabe von Zeitungen, gerade so besteuert werden sollen wie Privatpersonen. Dies sieht auf den ersten Blick ganz harmlos aus; betrachtet man es aber näher, so findet man, daß nur das greifbare Eigenthum, wie Pressen ꝛc., besteuert werden kann und daß unter diesem Gesetz manche Corporationen, die nicht viel greifbares Eigenthum besitzen, dabei aber große Verbreitung haben, und eine bedeutende, Werth darstellende Kundschaft und ungeheuren Profit machen, praktisch der Besteuerung entkommen. Würde ihr Stockkapital herangezogen, so müßte dessen Marktwerth in Anschlag kommen, und der würde zum Theil nach den Dividenten berechnet werden. Beispielsweise hat eines der ältesten Tageblätter in Chicago seit vielen Jahren über $250,000 jährlich Reingewinn gemacht, eine Summe, die reichliche Dividenden für einen Capitalwerth von $3,000,000 bis $4,000,000 darstellt. Im vergangenen Sommer wiesen die Eigenthümer dieser Zeitung ein Baarangebot von $3,000,000 für ihr Eigenthum zurück, was beweist, daß sie ihr Eigenthum noch höher anschlagen. Gleichwohl zahlt die Gesellschaft, welcher dieses Blatt gehört, nur auf $18,000 Steuerwerth Abgaben. Bei kleinen Blättern mag das Gesetz kein so schreiendes Unrecht herbeiführen, da ihr sichtbares Eigenthum nahezu ihr ganzes Vermögen darstellt, aber anders verhält es sich mit Corporationen, welche ein altes Geschäft betreiben, das einen Marktwerth hat und im offenen Markt verkauft wird. Die Herausgeber dieser großen Zeitungen maßen sich das Recht an, über jede öffentliche Frage dem Publikum zu dictiren; sie nehmen sich heraus, Jeden nach Belieben zu beschimpfen; sie stehen in gewissem Sinn außer und über dem Gesetz, da der einfache Bürger thatsächlich kein Schutzmittel gegen ihre ungerechten Angriffe hat. Und gleichwohl vermögen es dieselben, die Steuern zum Unterhalt der Staatsverwaltung anderen Leuten aufzuhalsen.

### Erbsteuer an Stelle der Staatssteuer empfohlen.

Eine Anzahl der älteren Staaten der Union, besonders Pennsylvanien und New York, haben in der Erkenntniß, daß angesammeltes Großcapital, hauptsächlich von Mobiliarwerthen, nicht den gebührenden Steuerbetrag entrichtet,

eine sogenannte Erbschaftssteuer eingeführt, wonach der Nachlaß eines Verstorbenen ein bestimmtes Procent an die Staatskasse zahlen muß, bevor er vertheilt werden darf. Die procentuelle Abgabe richtet sich gewöhnlich nach der Größe, so daß der Nachlaß von geringem Werth ganz abgabenfrei bleibt, der große aber einen hohen Procentsatz abgeben muß. Unter solchen Gesetzen vereinnahmen diese Staaten ansehnliche Beträge. Im Staat New York wurde nahezu eine Million Dollars von einem einzelnen Nachlaß erhoben. Ich rathe dringend an, auch bei uns ein solches Gesetz einzuführen und sämmtliche Staatssteuern abzuschaffen.

### Die Staatsbanken „All Right". — Ausmerzung von Bau- und Leih-Vereine.

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf die Berichte der verschiedenen Staatsbeamten. Der Auditor hat die verrotteten Bau- und Leih-Vereine ausgemerzt und die Untersuchung der Staatsbanken ist so genau, daß nicht eine von den 126 Staatsbanken während der letzten Panik fallirte, während viele Privat- und Nationalbanken untergingen. Unter den neuen Gesetzen hat der Staats-Sekretär an $40,000 mehr Gebühren an die Staatskasse im vergangenen Jahre überwiesen als je zuvor. Diese beiden Beamten machen wichtige Vorschläge.

### Die Eisenbahn- und Magazin-Commission.

Das Eisenbahninteresse ist eines der wichtigsten im Staat. Die Bahnen repräsentiren so viel Kapital und beschäftigen so viel Leute, daß sie die besondere Beachtung der Regierung erheischen. Die letzten zwei Jahre waren im Allgemeinen ungünstig für die Bahnen und die Staatsregierung war deshalb bestrebt, eine liberale Politik gegen sie einzuhalten. Die Zeit wurde nicht für geeignet gehalten, sich in die Tarife zu mischen. Während die Bahncommission eine gründliche Aufsicht über alle Eisenbahnen geführt hat und auf prompter Erfüllung aller gesetzlichen Bedingungen bestanden ist, war sie bemüht, alles zu vermeiden, was den Anschein von Uebereifer und Gehässigkeit gehabt hätte. Es kamen indeß viele Fälle ungerechter Frachtt .ife vor, wodurch einzelnen Bürgern von Illinois schwerer Schaden zugefügt wurde. Der zulässige Frachttarif z. B. für gewisse Klassen von Gütern, welche von Chicago nach Rock Island und nach Plätzen am Mississippi gehen, ist in diesem Staat auf 28 Cents per Centner normirt. Aber einige östliche Bahnen trafen mit Parteien in Cleveland das Uebereinkommen, dieselben Güterklassen von Cleveland über Chicago nach Rock Island und zu Plätzen am Mississippi für 20 Cents per Centner zu befördern. Eine solche Discrimination muß den Geschäftsmann von Illinois mit der Zeit aus dem Verkehr treiben. Derartige Fälle kommen überall im Staate vor; die Bahnverwaltungen gewährten gewissen Kaufleuten und Fabri-

kanten in östlichen Staaten solche Vortheile, daß es unseren Geschäftsleuten beinahe unmöglich wurde, mit Jenen im eigenen Staate zu koncurriren. Die Bahnverwaltungen wurden dringend aufgefordert, mit dieser Discrimination einzuhalten: sie gaben aber zur Antwort, dies sei eine zwischenstaatliche Angelegenheit, und ließen Alles wie zuvor. Die Bundesregierung ist schon seit lange bemüht, Tarif-Discriminationen auf den durch mehrere Staaten gehenden Bahnen zu verhindern; allein die mächtige Eisenbahn-Lobby und die Bundesgerichte haben es ihr beinahe unmöglich gemacht, Ordnung zu schaffen oder der Geschäftswelt zu helfen. Tausende von Geschäftsleuten sind durch diese Verschiedenheit der Frachttarife ruinirt, manches Riesenvermögen ist dadurch im Lande gemacht worden.

### Revision des Frachttarifs.

Die Bahn-Commission ist entschlossen, diesem Uebel, wenn möglich, vorzubeugen. Die Thatsache, daß die durch unseren Staat gehenden Bahnen, welche die Güter der östlichen Bahnen zu niedrigeren Frachtsätzen, und zwar schon seit langer Zeit befördern, müßte ja nahe liegen, daß solche Frachtraten auch noch profitabel sind. Deshalb ist die Commission zur Zeit mit der äußerst mühsamen Arbeit beschäftigt, die Frachttarife in Bezug auf Classification und auf Gebühren zu revidiren. Sie versucht es, einen Frachttarif festzusetzen, der gerecht gegen den Versender und die Transport-Compagnie sein und zugleich ungerechte Bevorzugungen gegen unsere Bürger unmöglich machen soll. Sie glaubt, binnen wenigen Wochen zu einem entscheidenden Entschluß zu gelangen, und es ist zu erwarten, daß damit dem vielbeklagten Uebelstand ein Ende gemacht werden wird. Wie ich die Verhältnisse der Zeit ansehe, ist kein neues Gesetz nöthig, um die Beziehungen des Publikums mit den Eisenbahnen als öffentlichen Transportinstituten zu regeln. Die gegenwärtig bestehenden Gesetze gelten, wenn sie ausgeführt werden, für ausreichend.

### Schutz für Bahnangestellte und Passagiere.

Dabei empfehle ich jedoch den Erlaß weiterer passender Verordnungen zu dem Zweck, um den bestmöglichen Schutz für das Leben der Eisenbahn-Angestellten sowie der Passagiere zu schaffen.

### Die Schlafwagen-Gebühren sollen durch Gesetz reduzirt werden.

Während der letzten 20 Jahren sind alle Waarenpreise wie auch die Eisenbahn-Tarife um 30 bis 60 Prozent erniedrigt worden; gleichwohl haben wir die früheren hochübertriebenen Gebühren für Schlafwagen zu bezahlen, die nun einmal eine Nothwendigkeit im modernen Reisesystem geworden sind so gut wie die Eisenbahnen selbst. Die Benutzungen von Schlafwagen hat so sehr zuge-

nommen, daß dies allein, ganz abgesehen von dem allgemeinen Preisrückgang von Waaren und Beförderung, schon längst eine bedeutende Herabsetzung des Entgelts für die Benutzung von Schlafwagen, forderte. Schon seit lange hätte das Volk dieses großen Staates beschützt werden sollen gegen Ueberforderung und ich empfehle deshalb den Erlaß eines Gesetzes über diesen Punkt und die Festsetzung eines Tarifs, der gegen die Unternehmer wie gegen das Publikum gleich gerecht und billig ist.

## Beilegung von Arbeits=Streitigkeiten.

Arbeitstheilung, die Anlage von Eisenbahnen und die Consolidation, welche auf dem Gebiete des Handels und der Industrie stattgefunden, haben manche Regierungstheorie, die vor fünfzig Jahren richtig war, absolut unanwendbar gemacht. In der großen Arbeitstheilung ist ein Zweig von dem anderen abhängig geworden und keiner kann stillstehen, ohne die übrigen zu beeinträchtigen. Das ganze amerikanische Volk hat sich auf einen ununterbrochenen Eisenbahnverkehr eingerichtet. Jede Unterbrechung desselben stört das ganze Volk. Ferner hängen unsere gesammten Industrien von einer regelmäßigen Kohlenzufuhr ab und eine Störung in dieser schadet nicht nur Denen, welche in Kohlenminen direkt interessirt sind, wie es früher der Fall war, sondern dem ganzen Publikum. Unsere Cultur macht uns alle von einander abhängig. Die Regierung sollte Schritt halten mit dem Fortschritt der Zeit und den veränderten Zuständen, die sie schafft, denn es ist die Pflicht der Regierung, Alle zu beschützen. Sobald Jemand einen Weg einschlägt, der den übrigen Bürgern schädlich ist, sollte die Regierung nach den Geboten der Gerechtigkeit dazwischen treten; sie darf nicht einfach sich auf die Seite der Starken stellen und die Schwachen niederdrücken. In neuerer Zeit haben wir öfters Arbeitsstörungen in der Form von Streiks und Lock=outs erfahren, welche das ganze Land beinahe außer Rand und Band brachten. Es wird nicht länger mehr genügen, zu sagen, es sei das eine Angelegenheit zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern. Während diese gegen einander kämpfen, mögen unschuldige Nichtbetheiligte zu Grunde gehen. Die Frage, wie dieses neue Problem zu lösen, ist eine sehr schwierige, und eine vollständige Lösung ist bisher noch nicht gefunden worden. Manche erklären sich für Zwangs=Arbitration; allein der praktische Weg, schiedgerichtliche Entscheidungen in allen Fällen zur Geltung zu bringen, ist noch nicht gefunden worden. Dagegen wäre es wohl möglich und leicht, in jedem Streitfall eine Untersuchung einzuleiten, und dies allein schon wäre ein wirksames Mittel, Schlimmes zu verhüten oder zu beseitigen. Anderwärts hat man es versucht und Erfolg damit gehabt. Die rasche Feststellung und Bekanntmachung der einschlägigen Verhältnisse erweckt ein moralisches Gefühl, welches oft einen Ausgleich herbeiführt, und selbst die Furcht vor einer solchen Untersuchung bringt

dies bisweilen zuwege. Ich fordere ganz entschieden zum Erlaß eines diesbezüglichen Gesetzes auf und empfehle, in demselben die Bestimmung zu treffen, daß für jeden Fall eine neue Schiedsbehörde ernannt werde, zu welcher jede Partei einen Schiedsrichter stellt, und daß diese beiden einen dritten auswählen, den für den Fall, daß sie sich nicht einigen können, der County = Richter ernennen soll. Würde eine ständige Schiedsbehörde angestellt, so möchten einflußreiche Interessen bald die Anstellung ihrer guten Freunde betreiben und das Schiedsgericht würde, was es auch thue, bald das Vertrauen der Arbeiter und des Volkes verloren haben und damit Nutzen und Zweck.

Außerdem werden fast alle großen Interessen dieses Landes, die Landwirthschaft ausgenommen, von Combinationen controllirt. Oft vereinigt eine solche Gesellschaft Tausende von Arbeitern, von denen wieder viele Tausende abhängen, an einem Ort, wo sie fast ausschließlich Beschäftigung gibt und wo man sich sonst nicht niedergelassen haben würde. Die Arbeiter sind hier der Willkür der Gesellschaft preisgegeben. Werden sie aus irgend einem Grund entlassen, so fallen sie dem Staat anheim und werden eine Last für die ganze Bürgerschaft. Die Corporation aber lehnt jede Verantwortlichkeit oder Verpflichtung ab. Die Bürgerschaft, welche den Staat bildet, hat jedoch dasselbe Recht zum Selbstschutz wie jeder Einzelne, und dieses Uebel muß auf irgend eine Weise beseitigt werden, denn eine Regierung, welche mit neu entstehenden Verhältnissen nicht zurecht kommen kann, ist eines freien Volkes unwürdig.

### Kritik der Spring Valley Kohlengruben = Compagnie.

Es sollte gesetzlich verboten sein, Arbeiter massenhaft in den Staat zu bringen; denn sie verdrängen in der Regel eine gleiche Zahl und diese, plötzlich verdienstlos geworden, fallen dem Publikum zur Last.

Vor einigen Jahren kaufte eine Anzahl nicht im Staat wohnender Kapitalisten einen ausgedehnten Kohlenbezirk bei Spring Valley in Illinois und legte eine Anzahl Bergwerke an. Mehrere Tausend Grubenarbeiter wurden dahingezogen und ein großer Theil davon waren Amerikaner, von denen viele dazu gebracht wurden, von der Gesellschaft Bauplätze zu kaufen. Hierauf behandelte aber diese Gesellschaft ihre Arbeiter in so gewissenloser und schäbiger Weise, indem sie dieselben durch Zwangskauf in ihren Läden und in verschiedener anderer Art ausbeutete, daß die Leute ruhelos wurden. Darauf entließ sie fast sämmtliche Amerikaner und ersetzte sie durch Fremdlinge, die importirt oder durch Versprechungen angelockt wurden. Die alten Arbeiter standen verdienstlos in einer Gegend da, wo sonst keine Beschäftigung zu finden war, und natürlich kam es zu Ruhestörungen. Allmälig entstand aber auch unter den neuen Leuten, die sich durch die rücksichtslose Habsucht und Grabscherei der

Gesellschaft ausgeraubt und ins Elend gebracht sahen, Gährung und Unzufriedenheit und vergangenen Sommer bekam man viel zu hören von den gefährlichen Ausländern in Spring Valley.

Im verflossenen Jahr stellte die Gesellschaft eine Menge Neger an, welche die Stellen von ebenso vielen älteren Arbeitern besetzten, und diese letzteren stehen nun ohne Verdienst und ohne Brod da; denn bei all ihrer harten Arbeit konnten sie kaum genug für den nothwendigsten Bedarf ihrer Familien verdienen und gar nichts erübrigen. Diese Gesellschaft ist von Anfang an ein Fluch für den Staat gewesen, dem sie schwere Unkosten verursachte. Seit einer Reihe von Jahren hat fast jede Staatsregierung Militär dahin senden müssen, um das Eigenthum einer Gesellschaft zu beschützen, welche allen Trubel selbst verschuldet hatte. Und obgleich sie beinahe 40,000 Acker Kohlenland besitzt und ihr Eigenthum einen Werth von $3000,000 hat, ist sie nur zu $136,084 eingeschätzt und zahlt für diesen Betrag Steuer. Während wir jedes ehrliche Unternehmen, jede anständige Industrie willkommen heißen, können wir nicht erlauben, daß unser Staat zum Jagdrevier unersättlichen Raubgier gemacht werde. Unternehmungen dieser Art wollen wir nicht mehr haben.

## Die Nationalgarde von Illinois.

Die Ereignisse des vergangenen Sommers haben von Neuem bewiesen, was schon in den sechziger Jahren der Welt gezeigt worden war, daß nämlich freiwilliges Militär, das aus den Bürgerkreisen hervorgeht und von dem Geiste freier Regierung und freier Einrichtungen beseelt und mit dem Bewußtsein der Bürgerschaft erfüllt ist, das beste der Welt ist, da es durchgängig von Männern besseren Charakters, als unter anderen Bedingungen zu erreichen ist, gebildet wird. Solche Soldaten sind selbstbewußt, energisch, tapfer; sie besitzen ein lebendiges Pflichtgefühl und gehorchen den Befehlen. In Friedenszeiten fast noch mehr wie in Kriegszeiten ist Schnelligkeit der Bewegungen das Wichtigste im Militärdienst. Unser Staat ist nahezu 400 Meilen lang und 200 breit. Er kann nicht eine große Armee erhalten; und soll eine geringe Macht etwas ausrichten, so muß sie sich rasch bewegen.

Wir haben weniger als 6,000 Mann, die nur während activen Dienstes Bezahlung erhalten. Alle sind, gleich den übrigen Leuten, in bürgerlichen Gewerben thätig. Der Instruction gemäß haben die leitenden Offiziere ein vollkommenes System für das Aufgebot der Soldaten eingerichtet, so daß diese zu jeder Stunde des Tages wie der der Nacht, ohne eine Minute Zeitverlust, aus ihren Wohnungen und Geschäften zusammengerufen werden können, und ich kann mit Stolz erklären, daß den höchsten Anforderungen in dieser Beziehung genügt worden ist. Während des Kohlen- und des Eisenbahn-Streiks haben

wir nach mehr als 15 verschiedenen Orten im Staat Truppen gesandt. Oftmals wurde die Lage an einem gewissen Platz ganz unversehens bedenklich und die Localbeamten brauchten sofortige Hülfe.

Mehrmals erhielten Compagnien Nachts um 11 Uhr Befehl, sich einem 100 Meilen entfernten Sheriff zur Verfügung zu stellen, und niemals verfehlten sie am nächsten Morgen an der bestimmten Stelle dienstbereit einzutreffen. Bei verschiedenen Gelegenheiten wurden ganze Regimenter binnen 15 bis 16 Stunden nach Erlaß des Befehls von Springfield aus mobilisirt und nach einem 200 bis 250 Meilen weit entlegenen Ort gebracht und das Verhalten der Offiziere sowohl wie der Mannschaft war im höchsten Grade lobenswerth. In manchen Fällen, besonders in Chicago waren die Verhältnisse, unter denen sie so viele Wochen lang Dienst zu thun hatten, äußerst schwierig, aber sie trugen ihre Strapazen wie Veteranen.

Das Volk von Illinois wird mit Genugthuung vernehmen, daß unsere militärischen Einrichtungen mit zu den besten in Amerika gehören und verhältnißmäßig wenig kosten.

In Verbindung hiermit muß ich jedoch darauf aufmerksam machen, daß die Ausgaben, welche zuerst durch den Kohlengräber-Ausstand und dann durch den Bahnstreik nothwendig wurden, die Etats-Bewilligung, welche ohne Ahnung solcher außerordentlicher Ereignisse gemacht worden war, bei Weitem überstiegen haben. Als im Sommer die Unruhen vorüber waren, befanden sich in der Staatskasse keine ordnungsmäßigen Etatsmittel mehr, aus denen die Ausgaben gedeckt werden konnten.

Die Berufung der Legislatur zu einer Extrasitzung, um die nöthigen Mittel zu bewilligen, würde dem Staat über $50,000 Kosten verursacht haben. Da aber die regelmäßige Sitzung bereits nach etwas über 4 Monaten ohnehin beginnen mußte, so suchte ich diese Extra-Ausgabe zu vermeiden. Nun brauchten aber viele von den Männern, die sich durch ihren Dienst um den Staat verdient gemacht hatten, ihre Löhnung, da ihnen der für den Unterhalt ihrer Familien nöthige Erwerb entgangen war. Das zu ihrer Ablöhnung nöthige Geld wurde schließlich von Privatpersonen vorgeschossen und damit ein großer Theil des schuldigen Solds gezahlt. Dies geschah in der Weise, daß den Soldaten kein Zinsabzug gemacht wurde, indem man voraussetzte, daß der Staat die Darlehnzinsen auszahlen werde. Da nun die Liberalität und der Patriotismus der Darleiher dem Staat viel Geld erspart hat, so erlaube ich mir die Bemerkung, daß der Staat in Ehren verpflichtet ist, die Mittel zur Tilgung dieser Schuld sammt 6 Prozent Zinsen zur Verfügung zu stellen.

## Waffenkäufe.

Es traten während des Eisenbahnstreiks einmal Verhältnisse ein, welche die Verbreitung und Verlängerung der Unruhen wahrscheinlich machten. Da es angezeigt schien, daß der Staat für alle Fälle vorbereitet sei, wurde der General=Adjutant angewiesen, ohne Verzug genügend Waffen anzuschaffen zur Ausrüstung von weiteren 10 bis 12 Regimentern, wenn diese in's Feld rücken müßten. Obgleich an keinem einzelnen Ort Waffen in ausreichender Anzahl waren, wurden gleichwohl in weniger als 48 Stunden über 6000 Gewehre beschafft und in Chicago bereit gestellt. Sie bilden eine Reserve für die Truppenausrüstung und der Staat ist meines Erachtens jetzt für jeden Fall gerüstet.

## Der Kohlengräber=Streik.

Im Frühjahr 1894 begann der große Ausstand in den Weichkohlen=Bezirken von Amerika. Sein Zweck war, ausreichende Arbeitslöhne in den Kohlenbergwerken zu erlangen und gleichmäßige Kohlenpreise einzuführen. Die Minenarbeiter hatten gefunden, daß ihre Lage seit einer Reihe von Jahren sich stetig verschlimmert hatte, so daß Männer, die das ganze Leben über hart gearbeitet hatten und sparsam und nüchtern waren, ihre Familien zerlumpt und oftmals ohne Brod sahen. Sie hofften vergebens, durch allgemeinen Ausstand eine Aenderung herbeiführen zu können, wodurch es ihnen und ihren Kindern möglich werde, mit ehrlicher Arbeit wenigstens den Lebensunterhalt zu verdienen. Die Arbeit wurde in den meisten Gruben dieses Staates sowie anderwärts eingestellt. Viele Grubenbesitzer waren gerne bereit, ein Abkommen unter Bedingungen zu treffen, welche ihnen und den Arbeitern gerecht waren. Andere, die mit Vergnügen einem Ausgleich zugestimmt hätten, begegneten unübersteiglichen Hindernissen; wieder andere aber kümmerten sich nicht das Mindeste um die Arbeiter und deren Familien, die sie nur als Mittel und Werkzeug zum Reichwerden betrachteten.

Diese Letzteren beschlossen, den Grubenbetrieb nicht einzustellen, sondern den Ausstand durch Heranziehen fremder Arbeiter zu bekämpfen. Der Streik dauerte an, bis die Industrie des Landes durch Kohlenmangel beinah völlig zum Stillstand gebracht war.

Während die Mehrheit der Arbeiter ernstlich bestrebt war, Gesetz und Ordnung aufrecht zu halten, rief ein kleiner Bruchtheil von ihnen, verstärkt durch die schlechten Elemente der Gesellschaft, Unruhen hervor. In einigen Staaten dauerten diese Wehen lang und nahmen eine solche Ausdehnung an, daß der Betrieb gewisser Eisenbahnen unterbrochen und großer Schaden angerichtet wurde. Unser Kohlenrevier ist das größte in Amerika, indem es 250 Meilen lang und über 100 Meilen breit ist und in dem ganzen Gebiet sind Grubenarbeiter.

Während dieses langen Ausstandes waren die Local- und Staatsbehörden so wachsam, daß Störungen des Bahnverkehrs, wo sie eintraten, sofort Einhalt gethan wurde. Es kamen nur zwei ernstliche Fälle von Eigenthumszerstörung vor, einer in Centralia und der andere bei Pekin. In beiden Fällen waren aufrührerische Rotten heimlich von angrenzenden Counties eingeschlichen und hatten ihre Gewaltthaten verübt, bevor die Lokalbehörden davon Kenntniß erlangten. Aber in diesem sowohl wie in allen anderen Fällen, wo Gesetzes-Uebertretungen stattfanden, wurden die Schuldigen prompt verhaftet und in's Gefängniß gebracht. Nirgends begegnete die Erhaltung der gesetzlichen Ordnung besonderen Schwierigkeiten. Trotz der verzweifelten Lage, in welcher sich die meisten Grubenarbeiter mit ihren Familien befanden, offenbarten diese eine ganz merkwürdige Ordnungsliebe und Achtung vor dem Gesetz, indem sie überall solche Gewaltthaten mißbilligten und verurtheilten.

Es wurden während des Streiks Waffen an jeden Beamten im Staat abgegeben, der welche verlangte, und Truppen wurden rasch nach jedem Ort gesandt, wo dies angezeigt schien. Auch suchten wir in solchen Fällen einen persönlichen Vertreter an Ort und Stelle zu haben, um genau über die Verhältnisse unterrichtet zu sein. Nach verschiedenen Plätzen würden deshalb keine Truppen gesandt, weil man wußte, daß dort absolut keine Gefahr drohte, und die Folge hat bewiesen, daß wir in all diesen Fällen richtig informirt waren.

## Der Eisenbahn-Strike.

Gegen Ende Juni, als sich das Land von den Wirkungen des Kohlengräber-Ausstandes wieder zu erholen begann, brach einer der ausgebreitetsten Bahnstreiks aus, die je in diesem Lande vorgekommen. Die Angestellten fast sämmtlicher Bahnen im Mississippi-Thal stellten gleichzeitig die Arbeit ein, so daß der Verkehr auf nahezu allen großen Bahnen, von deren ununterbrochenem Betriebe die Wohlfahrt unseres Volkes abhängt, vollständig in's Stocken gerieth. Da Illinois der größte Eisenbahn-Staat, und Chicago das größte Bahncentrum in der ganzen Union ist, so wurden Wirkungen des Streikes hier stärker gefühlt als irgendwo anders.

Die Bahnverwaltungen versuchten bald, die früheren Angestellten durch neue Leute zu ersetzen. Jene, die Ausständigen, enthielten sich, theils aus Achtung vor dem Gesetz, theils in der Einsicht, daß diese Gewaltthätigkeiten ihnen schließlich selbst Schaden bringen mußten, jeder ungesetzlichen Handlung, ja sie riethen überall davon ab. Die Nationalcommission, welche diesen Ausstand untersuchte, hat festgestellt, daß sich nur ein sehr geringer Bruchtheil der Bahnangestellten Gesetzesverletzungen zu Schulden kommen ließ. Allein die Verhältnisse waren derartig, daß bald Massen von Nichtsthuern und die gesetz-

losen Elemente, die immer in großen Städten vorhanden, in die Mitte traten und zu Eigenthumszerstörungen schritten.

Abermals wurden ohne Verzug allen Civilbeamten, die darum nachsuchten, Waffen übersandt, und auf Ersuchen der betreffenden Sheriffs und Civil-Behörden Truppen nach beinahe jedem Bahn-Knotenpunkt im Staat, abgesehen von Chicago, beordert. Man hielt die Ordnung überall aufrecht und die Bahnen kamen überall wieder in Betrieb, wo es gelang, Zugmannschaft zu erlangen. Die Majestät des Gesetzes wurde überall prompt und gründlich gewahrt.

Es liefen eine Menge telegraphischer Depeschen von allen Theilen des Staates täglich ein und dieselben wurden sofort beantwortet. Die folgenden Depeschen sind geeignete Beispiele und zeigen die von der Staats-Regierung damals eingenommene Stellung.

Am Abend des 1. Juli kamen Telegramme im Namen von 500 Passagieren aus Decatur. Darin war angegeben, daß 500 amerikanische Bürger dort wegen Betriebsstörung auf der Wabash-Bahn festgehalten seien und daß die Bahnverwaltung keine Anstalten treffe, sie weiter zu befördern. Sie baten um schleunige Hülfe. Sofort wurde folgendes Telegramm an den Sheriff abgesandt:

Springfield, 1. Juli 1894.

An Peter Perl, Sheriff zu Decatur, Jll.

Ich habe eine telegraphische Depesche von angeblich fünfhundert Passagieren erhalten, welche im Bahnhof zu Decatur bleiben müssen, weil die Züge durch Streiker am Fahren verhindert sind. Dieselben bitten um Hülfe. Telegraphiren Sie mir ausführlich über die Verhältnisse. Machen die Bahnbeamten die geeigneten Anstrengungen, die Züge zu befördern? Und sind Sie im Stand, den Zug zu befördern? Und sind Sie im Stande dem reisenden Publikm gegenüber Schutz zu gewähren und das Gesetz zu wahren.

John P. Altgeld, Gouverneur.

Der Sheriff antwortete, er sei bisher im Stande gewesen, die Ordnung aufrecht zu erhalten; dies könne er jetzt nicht mehr und müsse um Truppen bitten. Er erhielt folgende Antwort:

Springfield, 1. Juli 1894.

Sheriff Peter Perl, Decatur, Jll.

Habe Truppen zu Ihrer Unterstützung aufgeboten. Diese müssen vor Sonnenaufgang bei Ihnen sein. Sehen Sie zu, daß alle in ungesetzlicher Weise zurückgehaltene Züge sofort freigelassen werden.

John P. Altgeld, Gouverneur.

Die Chicago & Eastern Illinois Railway Co., sandte am 1. Juli folgendes Telegramm:

Chicago, 1. Juli 1894.

Gouverneur Altgeld.

Seit mehr als 48 Stunden liegen sämmtliche Postzüge der Eastern Illinois Bahn in Danville fest, indem eine Schaar von Ausständigen und ihren Freunden sie gewaltsam am Ausfahren hindern. Der Sheriff scheint den Kopf vollständig verloren zu haben und will nichts thun, obgleich wiederholt angegangen. Wir haben volle und tüchtige Bemannung auf den Postzügen und versuchen Alles, die Züge abgehen zu lassen; aber ein Haufen von Zweitausend Menschen umgiebt den Zug und verhindert die Abfahrt. Wollen Sie uns nicht helfen?

W. H. Lyford, Generalanwalt der Chicago & Eastern R. R. Co.

Darauf wurde folgende Antwort gegeben:

Springfield, Ill., 1. Juli 1894.

W. H. Lyford, Generalanwalt der Chicago & Eastern R. R. Co.

Wir können ohne Verzug Hülfe gewähren, wenn die Civilbehörden zeigen, daß sie derselben bedürfen. Bisher ist noch kein Hülfegesuch gestellt worden von irgend einem Beamten in Vermillion County, weder vom Sheriff oder Coroner noch vom County-Richter.

John P. Altgeld, Gouverneur.

Zu gleicher Zeit wurde an den Sheriff von Vermillion County zu Danville Folgendes telegraphirt:

Springfield, 1. Juli 1894.

An den Sheriff von Vermillion Co., Danville Ill.

Die Verwaltung der E. J. R. R. führt Klage, daß seit 48 Stunden ihre Züge in Danville von Strikern angehalten sind und daß sie nicht genügenden Schutz erlangen kann, sie abfahren zu lassen. Wollen Sie mich über die Lage telegraphisch genau unterrichten. Können Sie mit der Ihnen zu Gebote stehenden Macht das Gesetz aufrecht erhalten und das reisende Publikum beschützen?

John P. Altgeld, Gouverneur.

Ein ähnliches Telegramm wurde an den County-Richter und andere Localbeamte gerichtet.

Folgende Antwort kam vom Sheriff:

Danville, 1. Juli 1894

An Governeur J. P. Altgeld.

Ihre Depesche ist mir zugegangen. Senden Sie mir mit dem ersten Zuge Einhundert Büchsen und Schießbedarf und ich werde versuchen, Mannschaft und Eigenthum der E. & E. J. R. R. Co., zu schützen. Was die Lage betrifft, so sind bis Dreihundert und Siebenhundert Ausständige hier, welche den Abgang aller Züge und Cars, nur Postcars ausgenommen, verhindern. Die Leute sind im Allgemeinen ruhig und nüchtern, aber entschlossen. Wenn ich nicht im Stande bin, Schutz zu geben, werde ich's Ihnen zu wissen thun.

J. W. Newton, Sheriff.

Nach Empfang des Obigen wurde folgendes Telegramm gesandt:

Springfield, Ill., 1. Juli, 1894

An Sheriff J. W. Newton Danville, Illinois.

Wir haben keine hundert Gewehre mehr übrig. Nach der uns zugegangenen Information betrachten wir die Lage in Danville als bedenklich und werden Ihnen deshalb Truppen zusenden. Diese werden früh am Morgen dort sein. Alle unbefugt zurückgehaltenen Züge sollen vor Mittag abgehen.

J. P. Altgeld, Gouverneur.

Wenn eine Bahn keine Leute zur Bemannung ihrer Züge erlangen konnte, war es dem Staate nicht möglich, zu helfen und bei verschiedenen Gelegenheiten, wo eine Bahn um militärischen Schutz für ihre Angestellten ersucht hatte und Truppen prompt abgesandt wurden, zeigte es sich, daß die Bahn keine Leute hatte, die den Zugdienst thun wollten, und wir selbst mußten Soldaten ausfindig machen, die als Maschinisten und Bremser gebraucht werden konnten, um die Truppen zu transportiren.

In Chicago befinden sich beinahe alle großen Bahnhöfe draußen auf den Prairies vor der Stadt und einige der ausgedehntesten liegen mehrere Meilen von der Stadtgrenze entfernt. Der County-Sheriff ersuchte um Waffen und umgehend wurden sie ihm zugesandt. Er nahm eine große Menge Gehülfen in Dienst und der Mayor der Stadt vermehrte die Polizei beträchtlich; allein der

Sheriff ersuchte nie um weitere Unterstützung und der Mayor bat nie vor dem 6. Juli um Hülfe. Der Streik schien nicht ernstlicher, als viele anderen in den vorhergehenden Jahren gewesen waren, wo die Localbehörden sich stets der Lage gewachsen gezeigt hatten.

Diese Thatsache in Verbindung mit dem unerwarteten Erscheinen von Bundestruppen war ohne Zweifel der Grund, weshalb der demokratische Mayor sich nicht früher um Hülfe an den Staat wandte, und weshalb der republikanische Sheriff nie um solche nachsuchte.

Schließlich schritt der Mob zu Excessen und zur Eigenthumszerstörung und da die Bahnhofe weit zerstreut sind und so viele Quadratmeilen einnehmen, daß es selbst für eine große Armee schwer sein würde, dieselben derart zu beschützen, daß Brandstiftung durch heimlich Eingeschlichene verhindert werde, so wurden viele Cars in Brand gesteckt. Während aber die Ruhestörungen nicht ernstlicher waren, als diejenigen, welche vor mehreren Jahren in Buffalo, N. Y., stattgefunden und erst vergangenes Jahr an verschiedenen Punkten von Ohio, und nicht halb so blutig als mancher im Staat Pennsylvanien vorgekommene Aufruhr, ließ sichs ein Theil der Presse angelegen sein, aus Sensationssucht und zu Parteizwecken systematisch Alles zu übertreiben und den Glauben zu erregen, die Stadt selbst sei in Gefahr und grenzenlose Eigenthumszerstörung angerichtet worden.

Die Bundes=Arbeitscommission, welche diesen Ausstand untersuchte, hat Eisenbahnleute und alle Anderen, die die Verhältnisse kannten, als Zeugen vernommen und Folgendes berichtet: „Nachgewiesenermaßen haben die Eisenbahnen an zerstörtem Eigenthum, an Besoldung der Hülfs=Bundesmarschälle und an den Nebenausgaben einen Verlust von wenigstens $685,783 erlitten.“ Dieser Betrag schließt, wie man bemerken wird, die Zahlung der Hülfsmarschälle und sonstige Nebenausgaben ein. Demnach blieb der durch wirkliche Eigenthumszerstörung angerichtete Schaden sehr weit unter dieser Summe. Das Chicagoer Feuer=Departement, welches amtlich jeden Fall untersuchte, wo eine Car oder sonstiges Eigenthum durch Feuer zerstört wurde, berichtet wie folgt:

Während der ersten drei Tage des Monats Juli wurde kein Versuch gemacht, Corporations=Eigenthum zu beschädigen. Von da an betrug der durch Eigenthums=Zerstörung verursachte Schaden folgende Summen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Am 4. Juli | $ 2,150 | Am 10. Juli | $ 850 |
| „ 5. Juli | 3,435 | „ 11. Juli | 2,100 |
| „ 6. Juli | 338,972 | „ 12. Juli | 565 |
| „ 7. Juli | 3,700 | „ 13. Juli | 115 |
| „ 8. Juli | 575 | „ 14. Juli | 2,300 |
| „ 9. Juli | 1,500 | | |
| | | Total | $355,612 |

Nachfolgende Untersuchungen haben ergeben, daß selbst diese Summe zu hoch war. Aus obigem Verzeichniß ersieht man, daß fast der ganze Schaden am 6. Juli eintrat und dadurch veranlaßt wurde, daß in einem großen Bahnhof südlich von der Stadt Feuer ausgebrochen war, wo es an Wasser mangelte und deshalb die Löschmannschaft machtlos war. Es scheint, daß der meiste Feuerschaden erst am Abend entstand, nachdem die Unruhen des Tages an jenem Ort unterdrückt worden und Polizei und Staatstruppen dahingekommen waren, und daß wegen Wassermangels nur wenig zur Bekämpfung der Flammen gethan werden konnte. Eine Spritze legte über eine halbe Meile Schlauch aus und konnte auch dann die Cars noch nicht erreichen.

Ein Blick auf diese Thatsachen beweist, daß diese Berichte, welche über die wirklichen Zustände in Chicago während des Streiks ausgingen, bösartige Verleumdungen der Stadt waren. Sie haben einen sehr ungünstigen Eindruck im Osten und auswärts gemacht und unseren Bürgern großes Unrecht gethan. Theilweise war dies aus Parteihaß geschehen. In anderen Fällen haben Leute, die nichts oder wenig von den Verhältnissen wußten und unsere Einrichtungen wenig oder gar nicht verstanden, die Stadt und unsere öffentlichen Einrichtungen herunter gemacht, aus dem einzigen Grund, weil dies eine Zeit lang populär schien, und weil man sich dadurch das beifällige Lächeln einer Klasse gewinnen konnte.

Um die Bedeutung gewisser Vorkommnisse in Chicago zu verstehen, muß man die Zeit, wann sie eintraten, in Betracht ziehen. Es ist zu beachten, daß nach dem Bericht des Feuer-Departements der Aufruhr erst am 6. Juli bedenkliche Ausdehnung erlangte. Da behauptet worden ist, daß daß Eingreifen der Bundesregierung durch Anstellung eines Spezialanwalts, um dieselbe beim Streik in Chicago zu repräsentiren, und die darauffolgende Entsendung von Truppen größentheils zu dem Zweck geschehen sei, um die Post zu beschützen und ihre Beförderung zu ermöglichen, so mache ich auf Folgendes aufmerksam: Am 30. Juni sandte der Superintendent des Bahnpostdienstes zu Chicago folgende Depesche nach Washington:

„Eine Anhäufung und Stauung von Postsachen hat soweit in Chicago noch nicht stattgefunden. Sämmtliche reguläre Postzüge laufen mit wenigen unbedeutenden Ausnahmen in der regelmäßigen Zeit."

Trotzdem wurde schon am nächsten Morgen, bevor irgend etwas Neues sich zugetragen hatte, Herr Walker, ein hervorragender Anwalt für Corporationen von Herrn Olney, dem Bundesgeneralanwalt, als Spezialanwalt zur Vertretung der Bundesregierung ernannt. Erst nachher, als die Lage sich verschlimmerte, gab es etwas Schwierigkeit, die Post aus und nach Chicago zu befördern; indessen entfalteten die Postbeamten eine solche Tüchtigkeit und Vorsicht, daß die Verzögerung zu keiner Zeit bedeutend wurde. Der Superintendent des

Bahnpostdienstes selbst, dem die Pflicht oblag, die Post nach Chicago zu bringen und die Weiterbeförderung zu bewerkstelligen, hat kürzlich, über diesen Punkt befragt, schriftlich erklärt, daß, obschon während mehrerer Tage Störungen und Verzögerungen vorkamen —

„Mit Ausnahme von einigen Zügen, die in Hammond, Ind., in Washington Heights, zu Danville und Cairo, Ill., festgehalten wurden, die längste Verzögerung für ankommende und abfahrende Postzüge zu keiner Zeit über 8 bis 9 Stunden betragen haben dürfte.

Louis L. Troy,
Superintendent."

## Der Eisenbahnstreik und das Einschreiten der Bundesregierung.

Welche Verzögerungen und Störungen auch an anderen Orten stattgefunden haben mögen, sicher ist es, daß im Chicagoer Postdienst nichts vorgefallen, was das Einschreiten der Bundesregierung erforderte. Thatsächlich haben es sich die Streiker zur Aufgabe gemacht, Postzüge nicht zu belästigen, sondern nur die Pullmanschen Schlafwagen fern zu halten, und in vielen Fällen außerhalb Chicago geschah es nur deshalb, daß Postzüge zurückgehalten wurden, weil die Ausständigen einen Schlafwagen Pullman's beseitigt hatten und die Bahnbeamten sich nunmehr direkt weigerten, einen Zug abgehen zu lassen, ohne daß der Pullman'sche Schlafwagen wieder mitging.

Am 2. Juli, also einen Tag nach Anstellung eines besonderen Bundesanwaltes und bevor irgend eine nennenswerthe Eigenthumszerstörung stattgefunden, hatten die Bundestruppen in Fort Sheridan bereits Befehl, sich jeden Augenblick marschbereit nach Chicago zu halten. Einige Tage vorher hatten die Betriebsleiter sämmtlicher nach Chicago laufenden Bahnen einen Bund zur Bekämpfung des Streiks geschlossen und waren in tägliche Conferenzen getreten. Um 6 Uhr Nachmittags am 2. Juli, nachdem die Truppen in Fort Sheridan Befehl zur Marschbereitschaft erhalten hatten, gaben die Betriebsleiter der verschiedenen Bahnen einen Spezialbericht über die Verhältnisse ihrer Linien aus, der folgendermaßen lautete:

Wisconsin Central. — Sämmtliche Personen- und Güterzüge laufen und der Betrieb vollzieht sich wieder unter normalen Verhältnissen.

Chicago & Northern Pacific. — Die Suburban-Züge laufen alle fast ganz regelmäßig. Die Frachtbeförderung vollzieht sich ohne Störung; nur die Nachtzüge von und zu Nachbarstädten sind eingestellt, aus Furcht, sie möchten von Loafers mit Steinen bombardirt werden.

Chicago Burlington und Quincy. — 37 Carladungen Rindfleisch von Kansas City, welche gestern Morgen von Kansas City abgingen, sind ohne Störung über diese Linie gelaufen und heute Nachmittag am östlichen Bahnhofe abgeliefert worden. Der Verkehr ist jetzt in Ordnung.

Chicago, Milwaukee und St. Paul. — Sämmtliche Passagierzüge sind rechtzeitig angekommen und abgegangen. Hier wird keine Fracht befördert, an anderen Bahnpunkten ist die Beförderung in Ordnung.

Chicago = Northwestern. — Die ganze Transit=Beförderung von Passagieren ist ohne Unterbrechung fortgesetzt worden. Der Verkehr mit Nachbarorten ist während der Nacht thatsächlich suspendirt. Zur Frachtbeförderung war kein Versuch gemacht.

Lake Shore & Michigan Southern. — Keine Verkehrsunterbrechung; sowohl Personen= wie Frachtzüge sind, wie sonst, angekommen und abgegangen.

Baltimore & Ohio. — Sämmtliche Personenzüge mit Bemannung sind ohne Störung gelaufen und halten die Zeit beinahe vollkommen ein.

Chicago & Great Western. — Die Personenzüge laufen wie gewöhnlich und mit den regulären Pullman=Wagen. Der Frachtverkehr ist auf der Chicagoer Linie wieder theilweise aufgenommen.

Cicago & Erie. — Alle Personenzüge gehen richtig ab. Güterbeförderung wird nicht versucht. In Marion, Ohio, gab es Schwierigkeiten.

Am 3. Juli, Vormittags 10 Uhr, fand zwischen dem Spezial=Anwalt der Vereinigten Staaten, dem Bundes=Distriktsanwalt und mehreren Anderen eine Berathung statt, in welcher beschlossen wurde, die Zusendung von Bundestruppen zu verlangen, und es wurde vom Spezialanwalt der Regierung eine entsprechende Depesche aufgesetzt und an den Generalanwalt in Washington abgesandt. Und schon am Nachmittag dieses Tages wurden Bundestruppen von Fort Sheridan nach Chicago beordert und am Abend kamen sie daselbst an und traten in aller Form in activen Dienst.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Niemand an die Staatsbehörden ein Gesuch um Beistand zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Chicago gerichtet. Die Localbehörden wurden ganz so wie die Staatsregierung vollständig ignorirt und keine war gefragt worden, ob sie der Durchführung der Gesetze gewachsen sei oder nicht.

Einige Wochen vor diesem Datum hatte, während des Kohlengräber=Ausstandes, das Bundesgericht des Distrikts Süd=Illinois einen Einhaltsbefehl gegen mehrere Striker erlassen und darauf deren Verhaftung angeordnet. Der Bundesmarschall fand als er die Verhaftung vornehmen wollte, Widerstand. Der Bundesrichter schrieb an den Generalanwalt und beantragte, den Marshall mit Bundestruppen zu unterstützen. Der Generalanwalt sandte aber folgende telegraphische Antwort:

Washington, 16. Juni 1894.

An Bundesrichter Allen, Springfield, Ill.

Der Staat Illinois ist, wie ich höre, bereit, das Eigenthum gegen gesetzlose Gewalt zu beschützen, wenn nöthig durch militärisches Aufgebot. Wollen Sie den gerichtlichen Bahnverwaltern den Rath geben, die geeigneten Schritte zu thun, um von den Civilbehörden des Staats Schutz zu erlangen. Sollte sich solcher Schutz als ungenügend erweisen, so ist der Gouverneur um militärischen Beistand anzugehen.

Olney, Generalanwalt.

Dies war die richtige Ansicht. Unmittelbar nach diesem Telegramm und später noch bei verschiedenen Gelegenheiten während des Kohlengräber= wie Bahnstreiks, hat der Bundesmarschall vom Distrikt Süd=Illinois, wenn es sich herausstellte, daß die Orts=Civilbehörden die nöthige Hilfe nicht geben konnten, sich an den Gouverneur um militärischen Beistand gewendet, um ihm und

seinen Gehülfen die Ausführung der bundesgerichtlichen Befehle zu ermöglichen, und in jedem einzelnen Falle wurden Truppen zu seiner Unterstützung aufgeboten und binnen wenigen Stunden konnte der Marschall seiner Pflicht rasch und vollständig und ohne das Opfer eines einzigen Lebens nachkommen. In keinem einzigen Fall trat Verzögerung in der Durchführung des Gesetzes ein, und die Staatsverwaltung war gleichmäßig bereit, dem Bundesmarschall für den Distrikt Nord-Illinois jede gewünschte Hülfe zu gewähren.

Da nun der General-Anwalt selbst angab, daß er annehme, der Staat Illinois werde militärische Hilfe, wo dies nothwendig, gewähren; daß vor Allem die Civilbehörden des Staates um Beistand angegangen werden müßten und, wenn sie diese nicht zu geben vermögen, der Gouverneur um militärische Hülfe zu ersuchen sei; da ferner eine Anzahl solcher Gesuche an den Governeur gerichtet worden waren und von diesem in jedem Fall prompt gewährt wurden; und da der benöthigte Beistand ohne einen Augenblick Zeitverlust gegeben wurde und jeder Bundesbeamte in allen Fällen seiner Amtspflicht in jeder Weise nachzukommen vermochte — so war man zu der Annahme berechtigt, der General-anwalt würde ohne Weiteres die Bundesbeamten zu Chicago, wenn sie Unterstützung brauchten, an die Staatsbehörden verweisen. Auch ist die Voraussetzung vernünftig, daß, wenn Schutz des Eigenthums und Durchführung des Gesetzes Alles war, das man suchte, dies unbedingt geschehen wäre.

## Requisition an den Gouverneur.

Die Thatsache, daß es nicht geschah und daß im Gegentheil sämmtliche Staatsbehörden ignorirt und ganz neue und revolutionäre Wege eingeschlagen wurden, berechtigt deshalb zu dem Schluß, daß man ein anderes und entfernteres Ziel verfolgte. Der Spezialanwalt der Regierung leitete, wie es scheint, die Sache für die Eisenbahnen; Hülfe vom Staat wurde nicht gebraucht, sondern alle Anstrengungen waren darauf gerichtet und alle möglichen Schritte darauf berechnet, einen neuen Präcedenzfall zu schaffen, welcher in der Zukunft nützlich werden konnte, und dem Zweck diente, daß die Bundesregierung einschreiten und die Corporationen des Landes unter ihren direkten Schutz nehmen darf, so daß, seien die Localbehörden in irgend welchem Fall vollkommen im Stand, dem Gesetz Geltung zu zu verschaffen oder nicht, die Corporationenn dieselben künftighin umgehen, direkt mit der Bundesregierung in Verbindung treten und die Bundestruppen zur beliebigen Verfügung haben können.

## Die Bundesregierung hatte einen Vorwand.

Da nun, nach den vorher angeführten Angaben der Bahnverwaltungen, selbst an den schlimmsten Streiktagen keine ernstliche Verzögerung der anlan-

genden oder abgehenden Postzüge stattfand, und da ein Spezialanwalt der Bundesregierung einen Tag nach der telegraphischen Meldung des Bahnpost-Superintendenten, daß im Empfang und in der Absendung der Post thatsächlich keine Verzögerung eingetreten sei, ernannt wurde, da die Bundestruppen drei Tage vor ernstlichen Ruhestörungen an Ort und Stelle gekommen waren und zu einer Zeit, da die Localbehörden sich noch absolut der Lage gewachsen glaubten — so liegt es auf der Hand, daß die Bundesregierung einen anderen Vorwand für ihr Vorgehen hatte, als den bloßen Schutz der Post oder die Unterdrückung von Aufruhr. Dieser Vorwand war die Ausführung bundesgerichtlicher Decrete. Obgleich der Bundesmarschall in Chicago 4402 Gehülfen eingeschworen hatte, größtentheils auf den Wunsch der Bahnverwaltungen, genügte dies immer noch nicht dem Zweck, den man offenbar im Auge hatte, nämlich einen Präcedenzfall zu schaffen. Bundestruppen mußten unter jeder Bedingung gebraucht werden. Man hatte bereits darum gebeten, und der Spezialanwalt der Bundesregierung, welcher nicht nur diese, sondern auch die Eisenbahnen vertrat, hatte noch besonders am 3. Juli darum ersucht. Die Verfügungen der Bundesgerichte, welchen die Truppen Geltung verschaffen sollten, waren dabei keine eigentlichen Gerichtsdecrete — es ist nicht erwiesen, daß der Ausführung solcher, soweit sie unter der Verfassung und den Gesetzen des Landes erlassen wurden, irgend ein ernstlicher Widerstand geleistet wurde — sondern diese Verfügungen waren einfache Haftbefehle, die von Bundesrichtern erlassen waren gegen Leute, die nicht eines Verbrechens oder einer eigentlichen Gesetzesübertretung, sondern nur der Mißachtung des Gerichtes beschuldigt wurden.

## Regierung mittels Einhaltsbefehlen.

Während der vergangenen zwei oder drei Jahre hat die Gewaltanmaßung der Bundesgerichte, welche sich schon seit langer Zeit stetig vollzogen hatte, eine Gestalt angenommen, welche die Grundlagen republikanischer Regierung zu zerstören droht. Die Bundesverfassung theilt die Regierungsgewalten in legislative, gerichtliche und executive und sieht vor, daß in keiner Person zwei dieser Gewalten vereinigt werden dürfen.

Während der letzten zwei Jahre hat jedoch das Volk dieses Landes wiederholt eine neue Regierungsform in Anwendung gesehen, eine Form, wovon man noch nie zuvor in einer Monarchie oder Republik gehört hatte, nämlich eine Regierung durch Einhaltsbefehl oder Injunction, bei welcher ein Bundesrichter nicht zufrieden mit der Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten, die vor ihn gelangen, nicht zufrieden mit der Ausübung richterlicher Thätigkeit, selbst Gesetze erläßt und diese dann ausführt. Er erläßt einen Ukas unter dem Namen Einhaltsbefehl, in welchem er verbietet, was ihm beliebt und was vom Gesetze selbst

nicht verboten ist, und schafft somit in eigener Machtvollkommenheit Gesetze und erklärt Dinge für strafbar, welche nach dem Recht nicht strafbar sind, setzt auf Handlungen, die nach dem Gesetz nur mit Geldstrafe belegt sind, Freiheitsstrafen und beraubt die Beschuldigten des Rechtes auf schwurgerichtliche Verhandlung, während das Gesetz ein solches Recht gewährt. Darauf führt er seinen Ukas in summarischer und willkürlicher Weise durch Freiheitsstrafen aus und wirft Bürger in's Gefängniß, nicht weil sie ein Gesetz übertreten, sondern sich einer Mißachtung des Gerichtes durch Nichtbefolgung eines solchen Einhaltsbefehles schuldig gemacht haben. In den letzten paar Jahren haben einige dieser Richter sogar Eisenbahnangestellten verboten, ihren Dienst aufzugeben.

Solche Einhaltsbefehle sind für die Corporationen sehr bequem, da deren Anwälte sie stets erlangen können. Und zur Durchführung solcher Gerichtsverfügungen hat der Präsident Bundestruppen nach Chicago gesandt.

## Die Bundesmarschälle im Dienst der Injunktionrichter und Eisenbahnen.

Während des Kohlen- und Bahnstreiks im vergangenen Sommer hat der Bundesmarschall im Distrikt von Süd Illinois über 300 Gehülfen in Dienst genommen, hauptsächlich um Einhaltsbefehle solcher Art, die vom Bundesgericht ausgingen und an den Marschall zur Ausführung gerichtet waren, zur Geltung zu bringen. Etwa 191 Leute wurden in Cairo und an anderen Orten des Staates von Beamten verhaftet und aus einer Entfernung von 100 bis 200 Meilen nach Springfield geschleppt und eingesperrt. Alle waren der Mißachtung des Gerichtes beschuldigt und wurden zur Aburtheilung nicht vor eine Jury gestellt, sondern einfach vor den Richter, dessen Würde sie verletzt haben sollten. Es wurden 121 verurtheilt und zum größten Theil auf 30 bis 90 Tage in's Gefängniß geschickt. Manche mußten nach verhandelter Sache freigelassen werden, weil es sich herausstellte, daß sie nicht einmal einen Einhaltsbefehl übertreten, geschweige denn ein Verbrechen begangen hatten, und nahezu Alle waren nach ihrer Freilassung auf die Straße gesetzt, ohne Geld und ohne Freunde, 100 bis 200 Meilen von ihrer Heimath entfernt. In manchen Fällen gab ihnen der Bundesmarschall, von einem Gefühl von Menschlichkeit getrieben, etwas zu essen und sorgte für ihre Heimreise. Aber die Vertreter der Corporationen, welche für die Sache verantwortlich waren, schienen dieses Verfahren als eine gute und warnende Lehre für die Leute zu betrachten.

## Weitere Beweise, daß keine Nothwendigkeit für bundesmilitärische Okkupation vorlag.

### Die Situation am 3. Juli.

**Um 6 Uhr Abends am 3. Juli, nachdem die Bundestruppen bereits nach Chicago beordert waren, berichteten die Betriebsleiter der verschiedenen Bahnen über den Stand des Streiks in Kürze Folgendes:**

Santa Fe. — 6 regelmäßige Passagierzüge laufen in der richtigen Zeit, die Frachtbeförderung geht voran.

Chicago, Milwaukee und St. Paul. — Alle Passagierzüge regelmäßig und ohne Störung. Die Fracht wird befördert.

Chicago & Alton. — Die Züge stehen wegen Mangel an Heizern still.

Baltimore & Ohio. — Die Züge gehen. Eine Locomotive wurde durch Entfernen der Koppelbolzen abgetrennt. Polizei kam sofort herbei und schützte den Zug.

Chicago, Burlington & Quincy. — Die Personenzüge laufen wie gewöhnlich. Fracht wird nicht befördert, weil Locomotivführer und Heizer sich weigerten, mit neuen Leuten zu arbeiten.

Lake Shore & Michigan Southern. — Die Züge gehen regelmäßig. Die Frachtzüge wurden zu Englewood aufgehalten; durch das prompte Vorgehen der Polizei ist die Blockade aufgehoben worden.

Chicago & Eastern Illinois. — Die Lage besser als gestern.

Illinois Central. — In der Nähe der Kreuzung fand man Schwellen auf dem Geleise; der Zug wurde jedoch nicht aufgehalten. Es geht Alles so gut voran, wie es unter den Umständen nur zu erwarten.

Chicago & Great Western. — Alle Personenzüge laufen. Frachtzüge sind abgegangen und ohne Trubel durchgekommen.

Cicago & Grand Trunk. — Vollständige Blockade in Battle Creek, Michigan. Es werden, bevor dieselbe beseitigt ist, keine Züge von Chicago abgesandt.

Monon Route. — Es sind keine Leute zum Ersatz der Striker zu haben.

Chicago & Erie. — Die Personenzüge laufen ganz regelmäßig.

Wabash. — Bericht über Trubel an anderen Plätzen, aber nicht in Chicago.

Panhandle. — Die Züge gehen regelmäßig; keiner mit mehr als zwanzig Minuten Verspätung.

Chicago & Northern Pacific. — Den ganzen Tag sind die Suburban-Züge ohne Verspätung gegangen. Keinerlei Störung.

Rock Island. — Trubel zu Des Moines, Iowa; auch in Blue Island und anderen Plätzen, aber nicht hier in Chicago.

### Die Situation am 4. Juli.

**Am 4. Juli kamen einige Ruhestörungen vor und am Abend dieses Tages berichteten die Bahnbetriebsleiter wiederum über den Stand ihrer Bahnen in Kürze:**

Chicago & Alton — Localzüge laufen zwischen Chicago, Joliet und Dwight; Durchzüge aber werden von Streikern in Bloomington zurückgehalten.

Santa Fe. — Alles wieder in ziemlich guter Ordnung. Personenzüge laufen regelmäßig. Fünf Frachtzüge sind in Missouri und 11 in Illinois in den letzten 24 Stunden abgefertigt worden. Die Localfrachtbeförderung zwischen Chicago und Decatur ist wieder aufgenommen worden.

Chicago, Milwaukee & St. Paul. — Trubel mit Heizern auf der Council Bluffs-Linie. Mit Ausnahme eines Localzuges sind sämmtliche Passagierzüge rechtzeitig angelangt und abgegangen. Kein Trubel auf der Linie zwischen Chicago und St. Paul.

Baltimore & Ohio. — Die Personenzüge laufen ziemlich regelmäßig; Streiker verursachen keine Verzögerung.

Nickel Plate. — Die Personenzüge machen regelmäßige Zeit in Ankunft und Abgang. Auf den Frachtzuggeleisen steht Alles still.

Chicago & Northwestern. — Alle Durch-Züge auf der Gelena-Division wurden vergangene Nacht abgefertigt. Der Verkehr mit den Vorstädten war auf dieser Abtheilung stark behindert, weil man keine Locomotivführer aufzutreiben vermochte. Die Passagierzüge kommen und gehen regelmäßig nach und von Chicago auf der Wisconsin-Abtheilung und der Suburban-Verkehr kam auf der Gelena-Abtheilung rasch in Ordnung. Gestern wurde keine Fracht befördert; aber heute haben wir wieder damit begonnen. Einen Frachrzug brachten wir von Westen herein und mehrere Bierzüge kommen von Milwaukee. Keine Angriffe auf unsere Linien in der Stadt.

Wisconsin Central Linien. — Personen- und Frachtzüge kommen und gehen rechtzeitig.

Chicago & Northern Pacific. — Alle Localzüge mit Ausnahme der Nachtzüge gehen regelmäßig. Das Frachtgeschäft vollzieht sich prompt.

Michigan Central. — Befördern alle Fracht, die nicht lange hält. Alle Züge gehen regelmäßig. Ein aus 40 Cars bestehender Zug mit Rindfleisch, der an Halsted Str. angehalten worden war, ist hier durchgebracht worden und auf dem Wege nach Osten.

Illinois Central. — Diese Linie ist nunmehr günstiger daran als seit Beginn des Ausstandes. Suburban-Verkehr war heute nicht, der Dienst wird jedoch morgen früh wieder aufgenommen worden. Besorgten gestern 100 Cars mit Waaren und Kohle, die auf unseren Geleisen zum Ausladen standen.

Chicago & Eastern Illinois. — Wir lassen einige Personenzüge laufen und nehmen das Frachtgeschäft allmälig wieder auf.

Cicago & Grand Trunk. — Wir ließen heute Morgen einen Postzug nach Osten abgefahren. In Chicago fehlt es an Mannschaft zum Anmachen von Durch-Zügen, da die Striker in Battle-Creek, Mich., dies verhindern.

Chicago, Burlington & Quincy. — Hatten Trubel bei dem Versuch, einen Frachtzug abzusenden. Vergangene Nacht wurden Pullman-Cars von einem Personenzug entfernt, jedoch mit Hülfe der Polizei rasch wieder angekoppelt und der Zug ging ab. Alle anderen Züge liefen vergangene Nacht und während des heutigen Tages ohne irgend welche Störung. Sämmtliche Weichensteller unserer Bahn in St. Louis haben den Dienst gestern Abend verlassen. Heute versuchen wir nicht, Fracht zu beördern. Alles ruhig.

## Die Situation am 5. und 6. Juli.

Am 5. Juli scheint die Lage ungefähr dieselbe gewesen zu sein wie am 4. Nur gingen Gerüchte über Ausdehnung des Ausstandes um. Am Morgen des sechsten Juli ließ ich dem Mayor von Chicago sagen, wenn dieser sich der Lage nicht vollkommen gewachsen fühle, so würde der Staat ihm jede nöthige Hilfe leisten. Zu gleicher Zeit telegraphirte ich den Beamten der Illinois Central-Bahn, welche sich beschwerten, daß ihr Eigenthum von einem Mob zerstört werde: sie sollten sich an die Local-Behörden wenden, und wenn weder Mayor noch Sheriff die Ordnung aufrecht halten könne, oder wenn diese beiden Beamten sich weigerten, den Staat um Hilfe anzugehen, möchten sie mich davon benachrichtigen und der Staat werde dann sogleich thun, was nothwendig, um die Ordnung wieder herzustellen und die Localbeamten in der Durchführung des Gesetzes zu unterstützen.

Gegen Mittag den 6. Juli, als die Unruhen heftiger als an irgend einem der vorhergehenden Tage geworden waren, ersuchte der Mayor um Hülfe. Die

Bundestruppen waren jetzt bereits 3 Tage an Ort und Stelle gewesen. Ihre Anwesenheit hatte, weit entfernt, den Mob einzuschüchtern, und Unruhe zu verhindern, nur dazu beigetragen, Aufregung zu erhöhen.

Sofort nach Empfang der Depesche des Mayors wurden 5 Regimenter Infanterie, zwei Schwadronen Cavallerie und zwei Batterien zum Schauplatz des Aufruhrs gesandt und vor Mitternacht waren fast alle am Platz, obgleich manche 150 Meilen zurückzulegen hatten, und 30 Stunden nach Ankunft der Staatstruppen waren alle ernstlichen Unruhen unterdrückt und der Zerstörung von Eigenthum war, ausgenommen wo dies heimlich geschah, thatsächlich ein Ende gemacht. Jeder patriotischer Bürger von Illinois, der auf seinen Staat stolz ist, wird so mit Genugthuung sehen, daß es unsere Staatstruppen waren, welche den Civilbehörden Hülfe brachten und in Chicago Gesetz und Ordnung wieder herstellten. Sie wurden nicht von der „feinen" Gesellschaft verhätschelt, aber sie gingen direct gegen den gesetzlosen Haufen vor.

Während dieser Unruhen boten Tausende von Männern in allen Theilen des Staates dem Gouverneur ihre Dienste an und ich glaube fest, eine Armee von 200,000 Männern hätte sich binnen wenigen Tagen aufbringen lassen, wenn es nothwendig gewesen wäre. Dieser patriotische Geist offenbarte sich besonders bei den Veteranen im Staat.

Während des Bahnstreiks nahm der Marschall für Nord-Illinois, welcher bereits die erforderlichen Gehülfen für den regelmäßigen und legitimen Gerichtsdienst zur Verfügung hatte, noch 4402 Deputies in Eid, fast ausschließlich zu dem Zweck, um einige jener Einhaltsbefehle ausführen zu können. Einige dieser Einhaltsbefehle waren schon am 29. und 30. Juni erlassen worden. Sie wurden ohne vorherige Notiz erlassen und waren an sämmtliche Bewohner der drei zu dem Gerichtsbezirke gehörenden Staaten gerichtet. Auch wurden sie nicht persönlich überreicht, sondern in mehreren Fällen einfach an eine Mauer angeschlagen, oder bisweilen wurde versucht, sie einer unruhigen und aufgeregten Menge unter Verhältnissen vorzulesen, welche dem Vorgang einen lächerlichen Anschein gaben und bewiesen, daß man von der Menge keinen Gehorsam erwartete, sondern daß es sich bei der Sache nur darum handelte, den Grund für weiteres rigoroses Vorgehen zu legen.

Nach Erlaß dieser Injunktionen verhafteten dann die Bundesmarschälle, wie sie selbst angeben, etwa 450 Leute fast alle auf die einfache Beschuldigung der Mißachtung des Gerichtes hin. Aber es wurden, soweit man in Erfahrung gebracht, nicht 20 von ihnen auf irgend eine Beschuldigung hin verurtheilt. Diese Einhaltsbefehle dienten als bequeme Seitenthür und wurden in einzelnen Fällen nur angewendet, um den Leuten Schrecken zu machen. Bei verschiedenen [illegible] in jeder Stunde des Tags finden

konnte, erst gegen Abend verhaftet, bisweilen am Samstag Abend, nachdem die Beamten, vor denen Bürgschaft gestellt werden konnte, nach Hause gegangen waren, so daß die Arrestanten über Nacht oder durch den ganzen Sonntag in Haft bleiben mußten.

George Lovejoy, ein Trainmaster zu Lasalle, war Mitglied der A. R. U. Als der Streik begann, stellte er einfach die Arbeit ein; mehr that er nicht. Es wurde ein Verhaftsbefehl gegen ihn erwirkt. Er wurde unter Begleitung von Beamten 100 Meilen weit nach Chicago gebracht und blieb zwei Tage in Gefangenschaft, worauf er Bürgschaft erlangte. Als sein Fall zur Verhandlung kommen sollte, wurde derselbe einfach mit der Erklärung eingestellt, daß man die Anklage nicht weiter verfolgen wolle.

Hätte die Rechtsverwaltung in unparteiischen Händen gelegen und kein anderes Ziel, als einfach die Ausführung des Gesetzes und Schutz des Eigenthums verfolgt worden, so würden sicherlich Mißbräuche dieser Art nicht vorgekommen sein. Die Bundesregierung war in vollständigem Besitz der Gerichtsgewalt in Chicago und diese war für alle Erfordernisse ausreichend gefunden worden. Sie hatte sich in der Vergangenheit nie in solche Dinge gemischt. Daß sie diesmal einschritt, war eine auffallende Erscheinung und noch auffallender war es, daß sie frühzeitig eingriff, und das Alllerauffallendste in der ganzen Geschichte war die Wahl ihres Vertreters.

Es waren zu jener Zeit Tausende von tüchtigen Advokaten in Chicago, und solche, die keine besonderen Interessen zu wahren hatten und man brauchte sie nicht. Die Bundesverwaltung gab sich für demokratisch aus und es gab Hunderte von Demokraten, die irgend ein Bundesamt zu führen befähigt waren -- ihnen wollte man kein Vertrauen schenken. Es wurde ein Mann auserkoren, der nicht nur der Gegenpartei angehörte, sondern einer der hervorragendsten Corporations-Anwälte des Landes, zur Zeit der gedungene Advokat einer am Streik betheiligten Eisenbahnen und zu gleicher Zeit persönlich an dem Kampf gegen die Ausständigen betheiligt war und deshalb ein Interesse an dem Ausgang hatte. Und trotzdem wurde dieser Mann mit allen Gewalten der Bundesregierung ausgestattet und konnte für sich und seine Clienten, kostenfrei, die Dienste von mehr als 4000 Bundesmarschällen benutzen, einer speziell ausgewählten Bundes-Grand Jury, mehrerer Bundesrichter und des Bundesheeres. Nie zuvor waren Bundesregierung und Corporationen so vollständig mit einander verquickt, indem die Gewalten der einen den anderen zur Verfügung standen; nie zuvor war die Göttin der Gerechtigkeit so zur Handmagd für eine Partei herabgewürdigt worden. Fürwahr, wenn es sich nicht um ein besonderes Ziel gehandelt und wenn man nichts weiter gewollt hätte, als die Ordnung aufrecht zu erhalten und das Gesetz auszuführen, dann mußte der gewöhnliche

Anstand rathen, die Maschinerie der Justiz in unparteiischen Händen zu lassen! Klar ist es, daß der Bundes-Generalanwalt, wenn er dieses Vorgehen nicht selbst vorschrieb, es wenigstens gutgeheißen und unterstützt hat.

## Willkür der Injunktionrichter.

Um noch einmal auf die „Regierung mittels Einhaltsbefehlen" zurückzukommen, so haben einige Bundesrichter ihre merkwürdigen Erlasse auf das zwischenstaatliche Verkehrsgesetz gestützt. Dieses Gesetz war vor einigen Jahren ausdrücklich zu dem Zweck vom Congreß erlassen worden, um das Publikum gegen ungerechte Forderungen der Bahnen zu schützen und insonderheit die Farmer und Frachtversender des Landes gegen schädliche Discrimination. Die Bahnen wollten diesem Gesetz keine Folge leisten und fochten es in den Bundesgerichten an.

Die Herren Bundesrichter erklärten denn auch Section auf Section des Gesetzes für verfassungswidrig, bis an demselben nichts mehr übrig war und es so harmlos wurde wie ein todter Hase. Und nachdem sie so eine für den Schutz des Volks berechnete Congreßakte zerstört hatten, kehrten sie die Sache um und machten einen Prügel daraus, mit dem man Denjenigen den Rücken bearbeitete, deren Verdienstquelle die Arbeitskraft ist, an die der Congreß bei Erlaß des Gesetzes nicht im Entferntesten dachte. Einige Richter haben neuerdings sogar die Ansicht geltend gemacht, sie hätten die Gewalt, ihre Verfügungen auch ohne Anziehung des zwischenstaatlichen Verkehrsgesetzes zu erlassen.

Eine andere Neuerung ist die Verwaltung von Eisenbahnen durch Chancery-Gerichte, wobei die Gerichte ausgedehnte Geschäftsunternehmungen leiten und nicht nur auf kurze Zeit, sondern häufig für Jahre, und durch eine verblüffende, die Gewaltanmaßung unterstützende Fiction wird die Würde und die geheiligte Gegenwart des Gerichts über eine ganze Bahnlinie ausgedehnt und die Bahn ist dann, wie erklärt wird, nicht mehr in der Hand der Massenverwalter, wie anderes Eigenthum sich in den Händen seines Besitzers befindet, sondern in dem wirklichen Besitz des Gerichts, und jede Verletzung der Interessen der betreffenden Bahn wird als „Contempt" oder Mißachtung des Gerichtshofes behandelt. Wer sich an einer Eisenbahn vergeht, die in den Händen ihrer Eigenthümer ist, wird in dem County, wo das Vorgehen stattgefunden, zur Rechenschaft gezogen, vor Geschworene gestellt, und kann, wenn seine Schuld erwiesen ist, in's Zuchthaus gehen. Wenn man dagegen den Rasen einer Bahn betritt oder einen Stein auf eine Bahn wirft, welche von Speculanten ausgesogen und dann in die Hände eines Massenverwalters gespielt worden ist, um einige Actionäre zu berauben, ist man der Mißachtung eines mehrere hunderte Meilen entfernten Gerichtshofes schuldig, und man wird festgenommen und nach dem

Gerichtssitz geschleppt, hier processirt, und zwar nicht von einer Jury und einem unparteiischen Gericht, sondern vor einem Richter, dessen schreckliche Würde man beleidigt hat.

Wenn die Gerichte denn nicht umhin können, sich mit der Verwaltung und dem Betrieb von Eisenbahnen zu befassen, dann sollte man wenigstens solche unsinnige Fictionen beiseite lassen und die in den Händen von gerichtlichen Massenverwaltern befindlichen Bahnen gerade so wie andere Bahnen behandeln, welche von ihren Eigenthümern verwaltet werden. Es war gerade in Betreff bankerotter und in Gerichtsverwaltung stehender Eisenbahnen, daß die große Mehrzahl empörender Decrete und Einhaltsbefehle in den letzten paar Jahren erlassen worden ist. Diese Verfügungen stehen außerhalb regelmäßiger Justizverwaltung. Solange sie sich nicht auf das Recht stützen, sind sie Gewaltanmaßung und Usurpation; und selbst wo sie dies nicht sind, erscheinen sie als ungerechtfertigt, da die Constitution andere Mittel zur Durchführung der Criminalgesetze gegeben hat. Chancery-Gerichte sind nicht für diesen Zweck eingeführt. Solche Verfügungen taugen auch nichts. In Chicago wurden sie lange vor einer ernstlichen Ruhestörung erlassen und gleichwohl haben sie nicht das Verbrennen einer einzigen Car oder das Festhalten eines einzigen Zuges verhindert.

Unser Land blüht und gedeiht seit mehr als 100 Jahren. In diesem Zeitraum ist all unsere Größe und Glorie erreicht worden. Das Eigenthum wurde geschützt und die Rechtsordnung aufrecht erhalten durch die von der Verfassung gegebenen Mittel und diese sind jeder Zeit mehr als ausreichend für alle Fälle befunden worden. Wenn jetzt die Verfassung und die bisherige Erfahrung beiseite gesetzt und es den Bundesgerichten gestattet werden soll, diese neue Regierungsform einzuführen, dann können die Staatsgerichte mit gleichem Recht dasselbe thun und wir haben dann bald von Anfang bis zu Ende eine Regierung mittels Einhaltsbefehlen. Alle Lebensverhältnisse werden dann nicht mehr durch das Gesetz regulirt, sondern durch das persönliche Belieben, das Vorurtheil oder die Grillen einer Anzahl von Richtern.

Wenn früher Jemand der Mißachtung des Gerichts beschuldigt war und eine beschworene Angabe machte, in der er die Beschuldigung widerlegt und als unbegründet nachwies, so war die Sache zu Ende und er konnte nur noch wegen Meineids, wenn er falsch geschworen, belangt werden. Aber nach seiner Rechtfertigung konnte er nicht mehr wegen Mißachtung vor denselben Richter gestellt werden, gegen dessen Würde er sich vergangen haben sollte. Mit anderen Worten: wenn Jemand seine Verschuldung geleugnet hatte, konnte er nicht ohne eine schwurgerichtliches Verfahren verurtheilt werden. Aber diesen Schutz der Bürger hat man jetzt beseitigt.

Die Verwendung von Bundestruppen in Chicago unter Verhältnissen, wie sie vergangenen Sommer dort bestanden, bildet eine Frage von außergewöhnlicher Wichtigkeit und sollte die ernstlichste Erwägung jedes Patrioten und jedes Bürgers erhalten, der an freiheitliche Einrichtungen glaubt. Wie bereits dargethan, wurden sie dorthin gebracht ohne irgend eine Aufforderung an die Ortsbehörden, den Gesetzen Geltung zu verschaffen, ohne Rücksicht auf die Frage, ob Hülfe nöthig war, und zu einer Zeit, da die Lokalbehörden sich im Stande fühlten, die Lage vollständig zu beherrschen. Während die Zeitangaben und thatsächlichen Verhältnisse beweisen, daß es in diesem Falle zu dem Zwecke geschah, um ein Beispiel zu schaffen für den direkten Schutz der Corporationen durch die Bundesregierung, ist das darin enthaltene Princip von viel größerer Tragweite und gefährlicher als diese Verletzung der Bundesverfassung allein; denn es zielt auf die Geltendmachung einer Gewalt ab, die mit republikanischen Einrichtungen unvereinbar ist.

Jenes Vorgehen deutet einen ganz neuen Kurs in der Geschichte unserer Regierung an und ein großer Kenner der Verfassung sprach, indem er dem Präsidenten dafür sein Compliment machte, von einem großen Schritt in der Auslegung der Constitution, der, wie er mit Freude bemerkt, mit so wenig Blutvergießen vollzogen worden. Thatsächlich gibt er also zu, daß dieser neue Kurs eine Verletzung der Constitution war, wie man sie seit einem Jahrhundert ausgelegt und verstanden hatte. Die alte Theorie von den Staatsrechten hat damit nichts zu thun.

Niemand stellte mehr auch nur für einen Augenblick die Obergewalt und Souveränität der Union in Zweifel. Die Frage ist nur: ob neben dieser Bundes-Souveränität nicht das Princip der lokalen Selbstverwaltung besteht. Diese zwei Principien, nämlich der Uniongewalt und der lokalen Selbstregierung, haben seit einem Jahrhundert als die Grundlage gegolten, auf welcher der Ruhm unserer Regierung ruht. Das eine ist gerade so heilig, so unverletzlich, so wichtig wie, das andere. Ohne die föderale Union kommen wir zur Anarchie und ohne locale Selbstverwaltung gelangen wir zur Despotie. Beide führen zur Vernichtung, nicht nur unserer Freiheit, sondern aller höheren Strebungen und der Entwicklung eines Volkes. Der große Bürgerkrieg hat uns von Anarchie bewahrt. Jetzt stehen wir vor der Frage, ob wir der Despotie anheimfallen sollen.

## Wie der Präsident gegen den konstitutionellen Begriff republikanischer Selbstverwaltung verstieß.

Wenn der Präsident nach eigenem Belieben und Antrieb Truppen nach irgend einer Stadt oder Ortschaft des Landes oder nach einer Anzahl von

Städten und Ortschaften Truppen senden kann, wann und wie es ihm gefällt, unter dem einfachen Vorwand, dringend ein Gesetz zu vollstrecken, wobei sein Urtheil, das heißt, sein Belieben, allein maßgebend ist, dann wahrlich besteht in dieser Hinsicht kein Unterschied mehr zwischen den Machtbefugnissen des Präsidenten und denen des Kaisers Wilhelm oder des russischen Czars. Keiner dieser Potentaten hat jemals mehr beansprucht. Es ist hier nicht die Frage, ob der Präsident, bevor er einschreiten kann, nicht die Erlaubniß dazu von den Lokalbehörden erlangen muß; die Frage ist vielmehr die: ob die Orts- und Staatsbehörden nicht zuerst angegangen werden müssen, das Gesetz zu vollstrecken und die Ordnung aufrecht zu erhalten und zu diesem Behuf alle die vom Gesetz geschaffenen örtlichen Machtmittel anzuwenden, oder ob der Präsident diese sämmtlich ignoriren und nach Belieben eine auswärtige Streitmacht nach irgend einem Ort bringen und da stationiren kann.

In dieser Beziehung nehmen die Bundes-Civil-Beamten und die Bundesarmee nicht dieselbe Stellung ein. Die Bundes-Civilbeamten sind stets in den zu ihrem Wirkungskreis gehörenden Angelegenheiten direkt aufgetreten. Aber das amerikanische Volk ist, gleich jeder freien und intelligenten Nation, mißtrauisch gegen militärische Centralgewalt und deshalb sind wichtige Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, um den Gebrauch solcher Gewalt zu beschränken. Diese Beschränkungen sind in diesem Lande stets anerkannt worden und auch der Generalanwalt hat sie noch am 16. Juni 1894, anerkannt.

## Ein direkter Verstoß gegen die Ver. Staaten-Verfassung.

Ferner schreibt die Bundesverfassung vor, daß das Militär den Civilbehörden untergeordnet sein soll, und in allen Fällen, wo Staatstruppen aufgeboten werden, stehen diese unter der Controlle der örtlichen Civilbehörden und handeln nach deren Weisung. Aber die vergangenen Sommer nach Chicago beorderten Truppen standen nicht unter einem Civilbeamten des Bundes oder Staates. Sie handelten nicht unter dem Bundesmarschall, sondern unmittelbar nach Befehlen vom militärischen Hauptquartier zu Washington und richteten sich nur nach diesen Weisungen. Ihre Thätigkeit stellte Militärherrschaft dar.

## Lokale Selbstverwaltung die Grundlage der Freiheit.

Locale Selbstverwaltung ist das Fundament der Freiheit und republikanischen Einrichtungen, und dasjenige Volk besitzt sie nicht, welches seine Straßen von der Armee patrouillieren und in die bürgerliche Verwaltung eingreifen lassen muß, während die Truppen nicht unter, sondern ganz und gar unhängig von den Ortsbehörden vorgehen und zwar nach dem Belieben eines Mannes oder einer Centralgewalt an einem entfernteren Ort. Eine solche

Locale Selbstverwaltung, wie sie unter diesen Bedingungen möglich, kann man allerwärts auch in Rußland finden.

Wir wurden groß und mächtig und errangen die Bewunderung der Welt, indem wir unter einer ganz verschiedenen Regierungsmethode voranschritten, und wenn wir diese Richtung noch weiter verfolgen wollen, dann muß das amerikanische Volk solcher Gewaltanmaßung seitens der Bundesregierung entgegen treten und sie verdammen. Zu allen Zeiten sind öffentliche Rechte, wenn sie lange nicht ausgeübt wurden, zu Grunde gegangen. Bald erschien ein Einzelner, oder eine Klasse, die das vernachlässigte Recht sich zu selbstsüchtigen Zwecken aneigneten. Wenn das Vorgehen des Präsidenten ungerügt und unbestritten bleibt und als Beispiel für die Zukunft dasteht, dann hat unser Regierungssystem eine gründliche Aenderung erfahren, und — bleibt uns auch noch länger der Schein — unsere Carriere als Republik ist zu Ende. Wir werden eine rasch zunehmende Centralgewalt unter der Controlle und Leitung einer selbstsüchtigen Klasse haben.

### Des Gouverneurs vergeblicher Protest gegen des Präsidenten Verfahren.

Nach diesen Prinzipien und im Bewußtsein, daß ein ganzes Jahrhundert lang das Gesetz durch constitutionelle Gewalten ausgeführt, das Eigenthum geschützt und die Ordnung aufrecht erhalten worden ist; überzeugt, daß der mächtige Staat Illinois von auswärts keine Hülfe und keine Einmischung brauche, hielt ich es für meine Pflicht als Gouverneur des Staates, gegen die Anwesenheit von Bundestruppen unter den obwaltenden Verhältnissen zu protestiren und deren Abberufung zu verlangen. Die hierüber geführte Correspondenz lege ich bei.

Mit besonderem Schmerz werden es viele patriotische Bürger empfinden, daß dieser Schlag gegen freie Einrichtungen von einem Präsidenten geführt wurde, der sein Amt einer Partei verdankt, welche die Selbstständigkeit der Localverwaltung seit mehr als einem Jahrhundert zu einem Cardinal-Grundsatz gemacht hat. Es war ein Dolchstoß gegen republikanische Einrichtungen und ein Verrath an demokratischen Principien.

### Kapitalistische Anarchie und Schutz freiheitlicher Ordnung.

Der hervorstechendste Zug dieses Zeitalters ist Consolidation; die großen Geschäfte haben die kleinen verschlungen und vernichtet. Nachdem dies geschehen, bildeten die großen wieder Trusts, welche jedem Mitbewerb für das Publikum und der Arbeit ein Ende machten. Der Waarenpreis auf der einen Seite und der Arbeitslohn auf der anderen wird willkürlich festgesetzt und weder das

len was verlangt wird — das Bedürfniß zwingt es dazu. Die Anderen müssen nehmen, was man ihnen bietet; denn der Hunger lauert vor der Thür. Die schottischen Briganten gebrauchten nie schärfere Waffen. Die Ansammlung von Millionen ist unter diesen Verhältnissen leicht. Die Trusts werden immer mächtiger und wachsen der Regierung über den Kopf.

Vom Instinct der Selbsterhaltung getrieben, suchen die Arbeiter des Landes ebenfalls Combinationen und Vereinigungen zu bilden. Sie sahen ein, daß sie, einzeln den mächtigen Kapital-Combinationen gegenüberstehend, zerschmettert werden und daß sie und ihre Kinder, wenn sie der Vereinigung nicht mit Vereinigung begegnen, bald zu niedriger Armuth und hoffnungsloser Sklaverei herabsinken müssen, einer Sklaverei, die sich von der afrikanischen dadurch unvortheilhaft unterscheidet, daß, während der Neger wenigstens einen Herrn hatte, der ihn ernähren und schließlich begraben mußte, der weiße Sklave einen Herrn nur dazu hat, um von diesem seines Verdienstes beraubt zu werden.

Nun sind Dieselben, welche die großen capitalistischen Combinationen schufen, entschieden gegen die Vereinigung der Arbeiter, und die Bundesgerichte, die sich zu speziellen Beschirmern von Corporationen und Combinationen gemacht haben, scheinen entschlossen, die Arbeiter-Organisationen zu vernichten. Einige von diesen Richtern, nicht zufrieden mit ihren gerichtlichen Entscheidungen, ziehen, ihren Hermelin besudelnd, durchs Land und predigen gegen die Arbeiter-Vereine.

In neuerer Zeit scheint die Bundesverfassung eine unübersteigliche Barriere für jede Maßregel zum Schutz des Volkes geworden zu sein, während ihre klarsten Bestimmungen für den Schutz der Freiheit und der persönlichen Rechte der Bürger wie mit einem Hauche weggeblasen werden. Diese Wohldienerei der Bundesrichter gegen die mächtigen Corporationen, ihre Gewaltusurpation und Annahme einer furchtbaren Würde gegen Diejenigen, welche ihr Brod im Schweiß des Angesichtes verdienen, ist nicht dazu angethan, Respect für das Recht und dessen Vollzugsbeamte einzuflößen; im Gegentheil muß es ein Gefühl der Unbehaglichkeit und der Unruhe im Volk erzeugen; denn es wäre doch allzu große Thorheit, zu glauben, daß das Volk den Charakter solcher Vorkommnisse nicht verstehe. Gegenwärtig scheint die Sache so zu stehen: die Combinationen des Kapitals gegen das Publikum und gegen die Arbeit haben — durch welche Mittel auch — gesiegt und die Leute, die das fertig brachten, sind jetzt Patrioten, während die Arbeitervereinigungen zum Selbstschutz unterlegen sind und die Männer die dafür eintraten, „Feinde der Gesellschaft“.

Wenn das so weiter geht, dann ist das Schicksal des amerikanischen Arbeiters besiegelt. Er wird zu den niedrigsten Existenz-Bedingungen herabgedrückt und dies wird wieder zur Zerstörung desselben Capitals führen, welches den

Arbeiter jetzt erniedrigt; denn mit der Vernichtung der Kaufkraft des amerikanischen Arbeiters wird auch der große amerikanische Absatzmarkt aufhören. Und wie dies geschieht; wie der amerikanische Arbeiter, gleich seinem Genossen in den ärmeren Ländern der alten Welt, nur ein wenig grobe Kleidung und schlechte Nahrung kaufen und nicht mehr reisen kann — wird manche Fabrikanlage, manche Eisenbahnen nicht mehr die Hälfte werth sein.

Die Gestaltung dieser Dinge muß aber auch Unzufriedenheit, Ruhestörung und Haß hervorrufen und die Ausgaben zum Schutz des Eigenthums und die Kosten der Regierung und damit die Steuerabgaben erhöhen. Die Russifizirung der Verwaltung ist ein kostspielig Ding und hat noch nie gute Früchte getragen, auch nicht in Rußland selbst. Sie hat noch stets den Unternehmungsgeist ertödtet und am Ende das Kapital selbst vernichtet.

Das Kapital sucht heutzutage keine Anlage mehr in Ländern, wo die Arbeiter Sklaven sind und wo ein Alles beherschendes Polizei- und Spionirsystem besteht; denn die Steuern sind unerschwinglich hoch und es fehlt an Absatz. Das Kapital sucht jene Länder auf, in denen Freiheit zur Betriebsamkeit und zu Unternehmungen ermuntert.

Aber auch die Regierung hat ein Interesse daran, das bürgerliche Wohlsein auf möglichst hohem Niveau zu erhalten. Wo der Arbeiter zu arm ist, seine Kinder erziehen zu lassen und zu einem bloßen Lastthier herabgewürdigt wird, ist das unmöglich. Das Gebot der Selbsterhaltung allein nöthig die Regierung, auf diese Dinge zu achten. Ist die Regierung nicht stark genug, mit capitalistischen Combinationen fertig zu werden, so sollte sie es den Arbeitern des Landes wenigstens ermöglichen, sich durch friedliche und gesetzliche Mittel selbst zu schützen. Es wird eine traurige Zeit für unser Land sein, wenn wir nur ganz Reiche auf der einen Seite haben und niedergedrückte herabgekommene Arme auf der andern.

Wenn diesem Prozeß nicht Einhalt gethan wird, muß sich der Charakter unserer Regierung ändern und mit der Zeit eine corrupte Oligarchie schaffen, die schlechteste Regierungsform, die der Menschheit bescheert werden kann.

## Wer sind die gefährlichsten „Anarchisten“?

Seit mehreren Jahren ist von gewissen Klassen das Wort Anarchie gebraucht und auf Jeden als Schimpf angewendet worden, welcher gegen die Vernichtung amerikanischer Freiheit protestirte. Es war der Ruf: „Ein Dieb!“ ausgestoßen von einer Klasse, die augenscheinlich die Aufmerksamkeit von ihrem eigenen Thun und Treiben ablenken wollte. Selbst wenn wir Anarchisten in unserem Lande hätten, so könnten sie doch nichts ausrichten; Leute in Lumpen haben noch nie eine Regierung gestürzt. Sie mögen bisweilen Eigenthum vernichten,

aber nie eine Regierung. Wir haben unseren guten Theil von Verbrechern jeder Art; aber das Gesetz ist wohl im Stande, mit ihnen fertig zu werden. Unsere Regierung war nie und ist auch heutzutage nicht im Geringsten von Pöbel-Anarchie bedroht. Unser Volk ist loyal und es giebt keine Regierung auf Erden, die in dieser Beziehung fester steht als die unsrige; denn die Herzen der Bürger umgeben sie mit einem Schutzwall. Eine halbe Million Männer würde in unserem Staat an einem einzigen Tag zur Vertheidigung der Regierung herbeieilen, wenn sie nur im Geringsten von Gefahr bedroht wäre.

Uns droht Gefahr von einer ganz anderen Seite her. Sie kommt von der Corruption, Usurpation, Ueberhebung und Tyrannei, den Begleitern des Massenreichthums in den Händen gewissenloser Menschen, und es ist die Pflicht jedes Freundes republikanischer Institutionen, diesen Dingen seine ernstliche Aufmerksamkeit zuzuwenden.

## Schlußwort.

Da die Staatsverfassung es mir zur Aufgabe macht, über die Lage des Staates Bericht zu erstatten, und ich bemerke, wie der Boden unter seinen Grundmauern entfernt wird, habe ich es für meine Pflicht erachtet, darauf aufmerksam zu machen, in der zuversichtlichen Hoffnung, daß Mittel gegen alle uns bedrohenden Uebel gefunden werden. Lassen Sie uns in Allem, was wir thun, eingedenk sein, daß wir Gesetze geben für einen der größten Staaten der Erde; einen Staat, welcher trotz seiner Jugend bereits die Bewunderung der Welt erregt: einen Staat, der, nach den von den Vorvätern anerkannten Grundsätzen der Freiheit und echter republikanischer Regierung verwaltet, eine Laufbahn unerreichter Größe und Glorie vor sich hat. Darum lasset uns bauen für die kommenden Jahrhunderte!

**John P. Altgeld.**

# Zusammenstellung.

Nachgenannte Anstalten haben folgende am 1. Januar 1895 vorhandenen Ueberschüsse an die Staatskasse abgeführt:

| | | |
|---|---|---|
| „**Northern Hospital** for Insane" zu Elgin | $23,555 | 77 |
| „**Central Hospital** for Insane" zu Jacksonville | 51,900 | 79 |
| „**Southern Hospital** for Insane" zu Anna | 81,299 | 36 |
| „**Asylum for** Insane Criminals" zu Chester | 4,540 | 00 |
| „Home for Feeble Minded" zu Lincoln | 12,373 | 55 |
| „Soldiers' Orphans' Home" zu Normal | 16,218 | 92 |
| „Eye and Ear Infirmary" zu Chicago | 14,520 | 93 |
| „Soldiers' and Sailors' Home" zu Quincy | 13,073 | 68 |
| „Reformatory for Female Offenders" zu Chicago | 16,000 | 06 |
| Zusammen | $233,482 | 80 |